

# Mitteilung des Senats

vom 15. Januar 1907.

## Inhaltsverzeichnis.

|                                                                                                                                |        |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| 1. Bericht der Finanzdeputation .....                                                                                          | S. 17. |
| 2. Bericht der Deputation für die Gefängnisse .....                                                                            | " 22.  |
| 3. Bericht der Deputation für die Krankenanstalt, zum Budget der Krankenanstalt und zum Budget des St. Jürgen-Ähls Ellen ..... | " 23.  |
| 4. Bericht der Polizeidirektion .....                                                                                          | " 25.  |
| 5. Bericht des Senatskommissars für die Hafenstädte zum Budget des Amtes Bremerhaven .....                                     | " 29.  |
| 6. Bericht der Senatskommission für Zollangelegenheiten .....                                                                  | " 31.  |
| 7. Bericht der Baudeputation, Abteilung Straßenbau .....                                                                       | " 38.  |
| 8. Bericht der Deputation für Regulierung der Baulinien .....                                                                  | " 40.  |
| 9. Bericht der Baudeputation, Abteilung Wegbau .....                                                                           | " 42.  |
| 10. Bericht der Baudeputation, Abteilung Wasserbau .....                                                                       | " 45.  |
| 11. Bericht der Deputation für Häfen und Eisenbahnen .....                                                                     | " 47.  |
| 12. Bericht der Behörde für das Städtische Museum für Natur-, Völker- und Handelskunde .....                                   | " 59.  |
| 13. Bericht der Gewerbekammer .....                                                                                            | " 60.  |
| 14. Bericht der Deputation für das städtische Orchester und das Stadttheater .....                                             | " 61.  |
| 15. Bericht der Baudeputation, Abteilung Hochbau (Außerordentliche Ausgaben) .....                                             | " 61.  |

## Budget für das Rechnungsjahr 1907.

Der Senat läßt der Bürgerschaft hierneben die Budgetvorlage der Finanzdeputation für das mit dem 1. April d. J. beginnende Rechnungsjahr mit den Budgetberichten

- 1) der Finanzdeputation,
- 2) der Deputation für die Gefängnisse,
- 3) der Deputation für die Krankenanstalt zum Budget der Krankenanstalt und zum Budget des St. Jürgen-Ähls Ellen,
- 4) der Polizeidirektion,
- 5) des Senatskommissars für die Hafenstädte zum Budget des Amtes Bremerhaven,
- 6) der Senatskommission für Zollangelegenheiten,
- 7) der Baudeputation, Abteilung Straßenbau,
- 8) der Deputation für Regulierung der Baulinien,
- 9) der Baudeputation, Abteilung Wegbau,
- 10) der Baudeputation, Abteilung Wasserbau,
- 11) der Deputation für Häfen und Eisenbahnen,
- 12) der Behörde für das Städtische Museum für Natur-, Völker- und Handelskunde,
- 13) der Gewerbekammer,
- 14) der Deputation für das städtische Orchester und das Stadttheater,
- 15) der Baudeputation, Abteilung Hochbau (Außerordentliche Ausgaben),

zur Beschlußfassung mit dem Bemerkem zugehen, daß er sich seine Erklärung vorbehält.

Zugleich ersucht der Senat die Bürgerschaft um ihre Zustimmung zum Erlaß des Gesetzes, betreffend die Wassersteuer für das Rechnungsjahr 1907, in derselben Form und mit denselben Steuersätzen wie für das Rechnungsjahr 1906, und des Gesetzes wegen der Einkommensteuer in derselben Form und mit denselben Einheitsätzen wie im Rechnungsjahre 1906.

## Bericht der Finanzdeputation.

Anlage 1.

Die vorläufige Zusammenstellung des Budgets ergibt einen Fehlbetrag von 389 822 M. oder unter Berücksichtigung der zu Kap. VI der ordentlichen Ausgaben nachträglich beantragten Posten 393 042 M. gegen 828 265 M. im festgestellten Budget des vorigen Jahres, obgleich die Ausgaben gegen das Vorjahr um 875 210 M. gewachsen sind. Dieses günstige Ergebnis ist auf die Zunahme der ordentlichen Einnahmen zurückzuführen, die einen Mehrbetrag von 1 910 000 M. aufweisen und die ordentlichen Ausgaben um rund 300 000 M. übersteigen, während sie im vorigen Jahre

noch um 550 000 *M.* dahinter zurückblieben. Dabei ist indessen zu bemerken, daß in der Budgetvorlage das Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben zu günstig erscheint, weil dem Vernehmen nach mit der nachträglichen Einstellung mehrerer Ausgabeposten im Gesamtbetrage von etwa 100 000 *M.* gerechnet werden muß. Von dem Mehrertrage der ordentlichen Einnahmen entfallen auf die Einnahmen von Eigentum und Rechten 790 000 *M.*, auf die direkten Steuern 775 000 *M.*, auf Gebühren und Geldstrafen 50 000 *M.*, auf vermischte Einnahmen 212 000 *M.*, wogegen bei den indirekten Steuern infolge der Einführung der Reichserbschaftsteuer ein kleiner Rückgang eingetreten ist.

Im einzelnen gibt die Budgetvorlage der Finanzdeputation Anlaß zu folgenden Bemerkungen:

#### Außerordentliche Einnahmen.

Kap. I Tit. 1. Bankzinsen. Die Einnahmen können für das nächste Rechnungsjahr nur auf 100 000 *M.* veranschlagt werden gegen 300 000 *M.* im Jahre 1906, weil die im Jahre 1905 aufgenommene Anleihe, von der 1906 noch größere Beträge verzinslich belegt werden konnten, nach vorläufiger Berechnung schon in der zweiten Hälfte des kommenden Rechnungsjahres durch die ungewöhnlich hohen Anforderungen für Weserkorrektur, Wehranlage und Hafenbauten absorbiert sein wird.

Kap. I Tit. 2. Beiträge für Straßenanlagen. In dem Einnahmeposten von 474 900 *M.* sind nur 40 000 *M.* wirkliche Einnahmen enthalten. Die überschießenden 434 900 *M.* sind nichts weiter als Vorschüsse, die dem laufenden Haushalte und dem Separatfonds für außerordentliche Verwendungen geleistet und diesem nach der Berechnung der Straßenbauverwaltung durch die mutmaßlich später eingehenden Beiträge der Straßenanlieger erstattet werden. Die Vorschüsse haben seit 1903, in welchem Jahre die Neuierung eingeführt ist, eine Höhe von 742 050 *M.* erreicht und werden sich mit Einschluß der jetzt eingestellten 434 900 *M.* auf 1 176 950 *M.* belaufen. An Beiträgen der Straßenanlieger sind darauf bis jetzt 209 335 *M.* wieder eingegangen. Für das Rechnungsjahr 1907 ist im Spezialbudget Nr. 123 die Summe der Vorschüsse auf nur 305 600 *M.* berechnet. Diesem Betrage sind aber für die von der Bürgerschaft bereits genehmigte Neuanlegung der Lahn- und Kornstraße 129 300 *M.* hinzuzurechnen (vergl. Verhdlg. v. 1906 S. 1152).

Kap. I Tit. 6. Projektbearbeitungen 70 000 *M.* Es wird verwiesen auf den Budgetbericht der Baudeputation, Abteilung Hochbau, zu Kap. I der Außerordentlichen Ausgaben, Bauten und Anlagen, Tit. 13. Die Finanzdeputation kann den Ausführungen der Baudeputation, Abteilung Hochbau, nur beipflichten.

Kap. II Tit. 1. Unterweserkorrektur. Im Finanzplan (Gesetzbl. 1895 S. 109) sind für das dreizehnte Betriebsjahr 453 100 *M.* vorgesehen. Die eingestellte Summe übersteigt diesen Betrag um 57 900 *M.* und bleibt hinter der im Jahre 1906 eingestellten um 5000 *M.* zurück.

Kap. IV. Aus überschüssen früherer Jahre. Da die Berechnung der im nächsten Rechnungsjahre auf Bremen entfallenden Matrifularbeiträge bei Zusammenstellung des Budgets noch nicht eingegangen war, so mußte der Posten zunächst offen bleiben. (Vergl. die Bemerkung zu Kap. IX Tit. 1 der ordentlichen Ausgaben — Ausgaben für das Reich.)

Die Gesamtsumme der außerordentlichen Einnahmen ist um 496 632 *M.* niedriger als im festgestellten Budget für 1906.

#### Ordentliche Einnahmen.

Kap. I. Von Eigentum und Rechten. Die Summe des Kapitels ist um 789 890 *M.* höher als im festgestellten Budget für 1906. Von diesem Mehrertrag entfallen auf die Häfen- und Eisenbahnen 342 610 *M.*, auf den Reinertrag des Gaswerks 250 000 *M.*, auf die Bremer Straßenbahn 25 000 *M.*

Kap. II. Direkte Steuern. Die Summe des Kapitels übersteigt die des Vorjahres um 775 500 *M.*, woran die Einkommensteuer mit 500 000 *M.* beteiligt ist. Die Ursache des Mehrertrages der Einkommensteuer liegt in dem starken Wachstum, das sich bei dem Einkommen des Kalenderjahres 1905 gezeigt hat. Es

ist anzunehmen, daß das Einkommen des Kalenderjahres 1906 über das des Vorjahres noch etwas hinausgehen wird. Bei denjenigen Einkommen, die nach dreijährigem Durchschnitt berechnet werden, scheidet für die Steuererhebung das weniger günstige Jahr 1903 aus. An seine Stelle tritt das Jahr 1906, das aller Wahrscheinlichkeit nach für die hier in Betracht kommenden Einkommen mindestens ebenso günstig gewesen ist, wie das Jahr 1905.

Kap. III. Indirekte Steuern. Die Summe des Kapitels ist um 12 259 M. geringer als im vorigen Jahre. Der Ertrag der Erbschaftsabgabe mußte infolge der Einführung der Reichserbschaftsteuer um 100 000 M. niedriger veranschlagt werden. Der Ausfall würde bedeutend größer sein, wenn den Bundesstaaten nicht bis zum Jahre 1910 als Mindesteinnahmen derjenige Ertrag garantiert wäre, den sie im Durchschnitt der Jahre 1903 bis 1905 aus der Besteuerung der Erbschaften an Seitenverwandte und Nichtverwandte bezogen haben. Die Veräußerungsabgabe ist wieder mit 900 000 M. eingestellt, obgleich der Ertrag des Rechnungsjahres 1906 erheblich darüber hinausgeht. Es liegen aber Anzeichen dafür vor, daß der Umsatz an Grundstücken seinen Höhepunkt schon vor einiger Zeit überschritten hat.

Kap. IV. Gebühren und Geldstrafen. Die Einzelansätze beruhen auf den Voranschlägen der Ressortbehörden. Die Gebühr für Tonnenreinigung (Tit. 6) wird, entsprechend dem Fortschritt der Spülklosetteinrichtung, von 24 000 M. im vorigen Jahre auf 7000 M. zurückgehen. Die Summe des Kapitels übersteigt die des Vorjahres nur um 50 065 M.

Kap. V. Vermischte Einnahmen. Die Summe des Kapitels ist um 212 389 M. höher als im vorigen Jahre. Von dem Mehrertrage entfallen 166 710 M. auf die Einnahmen der Zollverwaltung (Tit. 8), die indessen durch die Mehrausgabe der Zollverwaltung wieder ausgeglichen werden.

Die Gesamtsumme der ordentlichen Einnahmen übersteigt die des Rechnungsjahres 1906 um 1 910 285 M. oder, nach Abzug der Einnahmen vom Reich, der durchlaufenden Posten der Wasser-, Kanal- und Armensteuer, sowie der Amortisationsraten des Schlachthofes und der Erleuchtungs- und Wasserwerke, um 1 603 081 M.

#### Ordentliche Ausgaben.

Kap. I. Senat und Bürgerschaft. Die Summe des Kapitels ist um 830 M. höher als im vorigen Jahre.

Kap. II. Rechtspflege. Die Summe des Kapitels ist gegen das Vorjahr um 68 393 M. gewachsen.

Kap. III. Polizei. Die Summe des Kapitels beträgt 132 985 M. mehr als im vorigen Jahr. Hiervon entfallen 48 245 M. auf die Krankenanstalt, 19 428 M. auf das St. Jürgen-Asyl Ellen, 66 000 M. auf die Polizeidirektion, 18 900 M. auf die Straßenreinigung, 22 000 M. auf die Straßenerleuchtung, 14 502 M. auf das Amt Bremerhaven. Dagegen bleiben die Ausgaben für die Feuerwehr (Tit. 10) um 59 682 M. hinter den Ausgaben des Jahres 1906 zurück. Dieser Rückgang findet darin seine Erklärung, daß im vorigen Jahre unter den einmaligen Ausgaben 96 667 M. für den Hafenschleppdampfer für Hafen II eingestellt waren.

Kap. IV. Finanzen. Die Summe des Kapitels ist um 303 022 M. höher als im festgestellten Budget von 1906. Von dem Mehrbedarf entfallen 86 000 M. auf Tit. 3 „Zinsen der Staatsschuld“, 7360 M. auf Tit. 5 „Öffentliche Grundstücke“, 10 100 M. auf Tit. 6 „Generalsteueramt“, 23 500 M. auf Tit. 7 „Katasteramt und Steuerkontrolle“, 137 280 M. auf Tit. 8 „Zollverwaltung“. Zu Tit. 3 „Zinsen der Staatsschuld“, ist zu bemerken, daß nach vorläufiger Berechnung der Ressortbehörden im nächsten Rechnungsjahre für die Wehranlage und die Korrektur der Unter- und Außenweiser 5 150 000 M., für die Erleuchtungs- und Wasserwerke 1 390 000 M., für Hafenbauten und Grunderwerb 17 500 000 M. und für Hochbauten 900 000 M., zusammen 24 940 000 M. auf-

zuwenden sein werden, zu deren Deckung noch etwa 11 000 000 M. zur Verfügung stehen. Wenn auch anzunehmen ist, daß der wirkliche Bedarf hinter dem veranschlagten erheblich zurückbleiben wird, so werden doch höchstwahrscheinlich in der zweiten Hälfte des Jahres Bankvorschüsse in Anspruch genommen werden müssen, zu deren Verzinsung 100 000 M. in das Spezialbudget Nr. 70 eingestellt worden sind. Die Finanzdeputation hofft, auf diese Weise die Aufnahme einer neuen Anleihe noch bis zum Jahre 1908 hinausschieben zu können.

Kap. V. Unterricht. Tit. 2 Hauptschule. Die Summe des Kapitels ist im Vergleich zu dem festgestellten Budget für 1906 um 118 350 M. gewachsen.

Kap. VI. Bauwesen. Die Baudeputation, Abteilung Hochbau, hat nachträglich beantragt, noch folgende Posten in das Spezialbudget Nr. 90 einzustellen:

- a) unter Titel 8 „Gewerbemuseum“ als laufende Nummer 17a „Beleuchtung der Schulbaracken im Hofe des Gewerbemuseums 300 M.“ Die Beleuchtung genügt nach Angabe der Behörde für das Gewerbemuseum nicht für den Unterricht im Holzschnitten und Modellieren. Es müssen deshalb im First der Baracke geeignete Oberlichtfenster angebracht werden, was einen Kostenaufwand von 300 M. verursachen wird.
- b) unter Titel 12 am Schluß unter der Überschrift „Technikum“ als laufende Nummer 133 „Herstellung von Trennungswänden im Dachgeschoß 2200 M.“ Nach dem Vorschlage des Branddirektors soll zur Erhöhung der Feuersicherheit das Dachgeschoß durch 0,25 m starke und auf beiden Seiten verputzte Brandwände mit feuersicheren Türen nach dem System Berner in vier Abteilungen zerlegt werden.

Als laufende Nummer 134 „Herstellung eines Lattenverschlages im Dachgeschoß 120 M.“ Der Lattenverschlach wird von der Behörde für das Technikum als erforderlich bezeichnet.

- c) unter Titel 12 am Schluß unter der Überschrift „Schule in der ehemaligen Hohentors-Kaserne“ als laufende Nummer 135 „Einrichtung einer kleinen Dienstwohnung 600 M.“ Die aus drei Wohnräumen, einer Küche und etwas Gartenland bestehende Dienstwohnung soll gegen Zahlung einer auch die Lieferung von Feuerung umfassenden Jahresmiete von 150 M. der Frau überwiesen werden, die mit Reinigung und Beaufsichtigung der drei Schulklassen beauftragt ist.

Unter Berücksichtigung dieser nachträglich angemeldeten Posten ist die Summe des Kapitels um 76 903 M. höher als im festgestellten Budget für 1906.

Kap. VII. Häfen- und Eisenbahnen. Die Summe des Kapitels übersteigt die des Vorjahres um 150 412 M., wovon auf Tit. 6 „Zollauschlußgebiet und Holz- und Fabrikenhafen“ 110 242 M. entfallen.

Kap. VIII. Vermischte Ausgaben. Die Summe des Kapitels übersteigt die des Vorjahres um 240 477 M. Tit. 2 „Staatszuschuß zu der Ruheohnkasse“ 58 300 M. (Vergl. Verhdlg. 1906 S. 901 ff. insbesondere S. 906 oben, 987, 1135, 1137). Der Staatszuschuß zur Ruheohnkasse ist hier eingestellt worden, weil bis zur Einreichung der Einzelbudgets keine Zeit mehr blieb, den Staatszuschuß auf die beteiligten Verwaltungen zu verteilen. In Zukunft werden die Anteile der verschiedenen Verwaltungen an dem Zuschuß in den Spezialbudgets zur Erscheinung kommen. Tit. 5. Statistisches Amt. Die veranschlagten Ausgaben sind in Rücksicht auf die im nächsten Jahre vorzunehmende Berufszählung um 14 615 M. höher als im vorigen Jahre. Doch werden laut Spezialbudget Nr. 106 II Nr. 5 17 000 M. dem Staatshaushalt später vom Reiche wieder erstattet werden. Tit. 14. Gewerbemuseum. Die Ausgaben sind gegen das Vorjahr um 15 650 M. oder um ca. 30 % ihres vorjährigen Betrages gewachsen.

Kap. IX. Reich und Auswärtiges. Tit. 1 Ausgaben für das Reich. In Anlage XIX zum Reichshaushaltsetat, aus welcher die Verteilung der Matrifularbeiträge auf die einzelnen Bundesstaaten zu ersehen ist, war bei Zusammenstellung des Budgets noch nicht eingegangen. Infolgedessen ist hier ein den Einnahmen vom Reich (Kap. VI der ordentlichen Einnahmen) gleicher Betrag vorläufig in Ausgabe

gestellt. Wahrscheinlich werden die auf Bremen entfallenden Matrikularbeiträge aber erheblich höher sein. Der Mehrbedarf ist alsdann der Spezialreserve zu entnehmen und in Kap. IV der außerordentlichen Einnahmen „Aus Überschüssen früherer Jahre“ nachträglich ein entsprechender Betrag in Einnahme zu stellen. Die Summe des Kapitels übersteigt die des Vorjahres um 868 M.

Die Gesamtsumme der ordentlichen Ausgaben übersteigt die des Vorjahres um 1 149 020 M. oder, nach Abzug der Ausgaben für das Reich, der durchlaufenden Posten der Wasser- Kanal- und Armensteuer sowie der Amortisationsraten des Schlachthofs und der Erleuchtungs- und Wasserwerke um 941 949 M.

#### Außerordentliche Ausgaben.

##### Kap. I. Bauten und Anlagen.

Tit. 1. Errichtung einer dritten Realschule in der Neustadt, III. Rate 100 000 M. und Tit. 2 Umbau der Gebäude der Hauptschule, Rest 32 600 M. Die Ausgaben sind die Konsequenz früherer Bewilligungen.

Tit. 3. Bureaugebäude für die Bauverwaltung. I. Rate 50 000 M. Der Posten war bereits in das vorjährige Budget eingestellt, ist aber nicht bewilligt worden, weil Bericht und Kostenanschläge bis zur Beschlußfassung über das Budget noch nicht vorgelegt waren. Auch jetzt liegt ein Bericht noch nicht vor.

Tit. 4. Städtisches Museum. II. Rate 150 000 M.

Tit. 5. Zentralfirewache, II. Bauabschnitt 125 000 M. Das Projekt soll demnächst vorgelegt werden.

Tit. 6. Ausbau der Gröpelinger Schule 83 700 M. Bericht ist noch nicht erstattet.

Tit. 7. Neubau einer unentgeltlichen Volksschule in der westlichen Vorstadt. I. Rate 100 000 M. Der Bericht ist noch nicht erstattet.

Tit. 8. Wagenschuppen auf der Fuhrparkstelle am Hohentor 16 000 M. Der Bericht ist noch nicht erstattet.

Tit. 9. Neubau einer entgeltlichen Volksschule an der Hemelingerstraße, I. Rate 100 000 M. Vergl. Verhdlg. 1906 S. 1164.

Tit. 10. Krankenanstalt, Anbau an das chirurgische Haus. II. Rate 50 000 M.

Tit. 11. Spüllosettanlagen. VIII. Rate 36 150 M.

Tit. 12. Photometrische Aufnahme des Rathauses, 7000 M.

Tit. 13. Für Projektbearbeitungen, 70 000 M.

Tit. 14. Neuanlage von Straßen 556 500 M. und Tit. 19 Durchführung der Lahn- und Kornstraße 194 600 M. Für die Neuanlage von Straßen werden danach zusammen 751 100 M. beantragt, gegen 241 500 M. im vorigen Jahre. Zu Tit. 19 Durchführung der Lahn- und Kornstraße wird verwiesen auf die Verhdlg. von 1906 S. 1152, 1162 u. 1163. Die beteiligten Deputationen haben bei ihren Anträgen, wonach an Straßenbaukosten für die Lahn- und Kornstraße 219 800 M. und für die Anlegung der Erlensstraße 17 000 M. auf das Budget des Straßenbaus für 1907 bewilligt werden sollten, übersehen, daß bereits zum Budget für 1906 für die Lahn- und Kornstraße 25 200 M. sowie die ganze für die Erlensstraße beantragte Summe bewilligt waren. Infolgedessen sind in das Budget für 1907 nur 219 800 M. weniger 25 200 M. = 194 600 M. einzustellen.

Tit. 15. Wegbau 19 000 M.

Tit. 16. Wasserbau 12 300 M.

Tit. 17. Ergänzung der Häfen und Eisenbahnen 41 650 M.

Der Bericht ist erstattet. (Verhdlg. 1906 S. 1159.)

Die Finanzdeputation gibt die Einstellung der vorbenannten Posten anheim, bezüglich derjenigen Titel jedoch, zu denen ein Bericht in Aussicht gestellt ist, nur unter der Voraussetzung, daß die Berichterstattung bis zum Beginn der Budgetberatung erfolgt.

Kap. II. Vermischte Ausgaben. Es werden zu bewilligen sein:

- Tit. 1. Deutscher Schiffsverein 5000 M.  
 Tit. 2. Gesellschaft Seemannshaus 1000 M. (Verhdlg. 1906 S. 55, 131.)  
 Tit. 3. Ankauf des Grundstücks Dreier, Auguststraße. 13250 M. (Verhdlg. 1906 S. 1033, 1083, 1084.)  
 Tit. 4. Ankauf der Grundstücke Ostertorstraße 25 und 26 und Dechanatstraße 407000 M. (Verhdlg. 1906 S. 1112 a u. 1118 a.)  
 Zu Tit. 5 Kapitalabfindungen usw. 42868 M. wird demnächst eine besondere Senatsmitteilung erfolgen.

Die Finanzdeputation.

(gez.) M. Donandt. (gez.) J. P. Schrage.

Anlage 2.

#### Budgetbericht der Deputation für die Gefängnisse.

Zu dem anbei erfolgenden Budget-Entwurf der Strafanstalt haben wir folgendes zu bemerken:

- 1) Zu I 10 u. 19. Von Senat und Bürgerschaft ist (Verhdlg. 1906 S. S. 730, 731, 732 u. 761) als Ersatz für die zum 1. Oktober d. J. weggefallene Militärwache die Anstellung von zwei Aufsehern erster und zwei Aufsehern zweiter Klasse genehmigt. Später hat sich herausgestellt, daß mit der Anstellung von vier Aufsehern zweiter Klasse (Gehalt 1000 bis 1400 M., Haushaltungszulage 150 M., Wohnungszulage 150 M.) auszukommen sei, die demgemäß erfolgt ist. Die Deputation hält aber für billig, zwei ältere, sehr bewährte Aufseher, den Wächter Siedenburger (Pos. 10) und den Boten Windhorst (Pos. 19), die seit 1875 und 1884 im Dienst sind, in die bewilligten Stellen als Aufseher erster Klasse einrücken zu lassen und hat sie daher mit je 1700 M. (statt 1550 M.) in das Budget eingestellt.
- 2) Zu I 12 u. 26. Der Aufseher Curtius hat die Dienstwohnung an den Aufseher Borchert abgetreten; ersterer bezieht daher nun die früher dem Borchert zugekommene Wohnungszulage von 150 M.
- 3) Zu I 38 u. 39. Die beiden Knechte Becker und Kastens sind seit dem 16. Dezember 1902 und 1. Dezember 1901 im Dienst. Entsprechend früheren Vorgängen ist für sie in Anbetracht guter Erfüllung ihrer Obliegenheiten eine Erhöhung des Lohnes um je 50 M. vorgesehen.
- 4) Zu II 13. Herstellung einer Gasbeleuchtungsanlage einschließlich Fernzündanlage für die Straßen und Höfe.

Die Begründung dieses Postens zum vorjährigen Budget lautet wie folgt:

Dieser bereits mehrfach beantragte Posten ist von neuem eingestellt. Zur Begründung ist schon früher bemerkt, daß die gegenwärtige Beleuchtung durch Petroleum äußerst mangelhaft, daß namentlich in Nächten, in denen Nebel oder Schneesturm herrschen, auch auf geringe Entfernung niemand zu erkennen sei, daß ferner auch das Absuchen der Höfe bei Ausbruchversuchen von Gefangenen die größten Schwierigkeiten bereite. Die hiermit verknüpften Mißstände haben sich auch im letzten Jahre fühlbar gemacht und lassen eine Abhilfe als dringend geboten erscheinen. Nach einem mit Rücksicht auf die inzwischen beschlossene Vergrößerung des Areals der Strafanstalt und Ausführung der Erweiterungsbauten (Wirtschaftsgebäude, Kohlenhuppen) von neuem erbetenen Berichte des Direktors des Gaswerks, Herrn Dr. Schütte, muß die Zahl der Laternen für Höfe und Straßen auf 53 erhöht werden; eine Fernzündanlage nach dem System der Deutschen Gasglühlicht-Gesellschaft ist wieder vorgesehen, dagegen ist im Interesse der Kostenersparnis ein event. Anschluß der Beamtenwohnungen an die Gasleitung nicht mehr in Betracht gezogen. Ebensovienig ist, wie

übrigens auch früher nicht, auf die Möglichkeit eines Anschlusses der inneren Anstaltsräume, insbesondere der Korridore, Rücksicht genommen. Nach dem dem Berichte des Direktors Dr. Schütte beigefügten, hier anliegenden Kostenanschläge stellen sich die Anlagekosten auf 9350 M. Sie sind gegen den vorjährigen Anschlag gestiegen, weil die Verteilungsleitungen eine größere Länge erhalten müssen. Ebenso erhöhen sich die Jahreskosten gegen den früheren Anschlag entsprechend der größeren Zahl der Laternen. Sie werden betragen

|                                             |             |
|---------------------------------------------|-------------|
| a. für Gasverbrauch von 53 Laternen         |             |
| $53 \times 3600 \times 0,110 \times 0,16 =$ | M. 3 358,08 |
| b. für Glühkörper und Zylindererfatz        | " 106,—     |
| Summa                                       | M. 3 464,08 |

Dabei ist aber, wie Dr. Schütte hervorhebt, zu berücksichtigen, daß von der Ausgabe der Strafanstalt für Gasverbrauch dem Staate bei der Verwaltung des Gaswerks eine Reineinnahme von 1875,36 M. erwächst, so daß die dem Staate erwachsenden Unkosten sich in Wirklichkeit nur auf 1588,72 M. belaufen würden, welcher Betrag jedenfalls irgend erheblich höher, vielleicht sogar niedriger ist, als derjenige Teil der Gesamtkosten für Beleuchtung, der jetzt auf die Höfe und Straßen der Anstalt entfällt.

An diesen Ausführungen muß die Deputation auch jetzt festhalten. Nachdem inzwischen die Militärwache abgeschafft ist, hat sich das Bedürfnis nach einer besseren Beleuchtung der Höfe noch erheblich verstärkt.

Während die drei, früher auf den einzelnen Höfen aufgestellten Soldaten sich bei dem ständigen Verweilen daselbst wenigstens allmählich an die Dunkelheit gewöhnen konnten, werden jetzt immer von zwei Beamten Rundgänge durch die verschiedenen Höfe gemacht. Dabei ist aber eine helle Beleuchtung unentbehrlich, damit der Erdboden, die Ecken und Winkel und ebenso die Fenster und Türen von Anfang an scharf beobachtet werden können. Von den seit dem 1. Oktober d. Js. angestellten Nachtausschauern ist nun aber, wie der Direktor der Strafanstalt berichtet hat, bereits gemeldet, daß öfters Laternen erlöschen, und daß es den Ausschauern unmöglich sei, bei dem dürftigen Lichte genaue Umschau zu halten. Von dem Direktor wie von den Inspektoren werden diese Klagen für durchaus begründet erklärt.

Die Deputation wiederholt hiernach ihren bereits mehrfach gestellten Antrag, indem sie noch darauf verweist, daß einmal die Einführung der Gasbeleuchtung für die Straßen und Höfe der Strafanstalt nach dem Berichte des Direktors Dr. Schütte für den Staat im ganzen eine ständige Mehrausgabe gar nicht bedeuten würde, daß andererseits aber schon die bloße Tatsache, daß die Höfe und Straßen wirklich genügend beleuchtet sind, ihrer Überzeugung nach ausreichend sein wird, um bei den meisten Sträflingen etwaige Ausbruchsgedanken im Keime zu ersticken.

Bremen, den 12. Dezember 1906.

Die Deputation für die Gefängnisse.

(gez.) **Hildebrand.** (gez.) **Günther Nieniets.**

#### Bericht zum Budget der Krankenanstalt und des St. Jürgen-Asyls, Ellen, für 1907. Anlage 3.

Hierneben überreichen wir ergebenst das Budget der Krankenanstalt und des St. Jürgen-Asyls für 1907 mit folgenden Bemerkungen:

##### I. Krankenanstalt.

##### A. Einnahme.

1) Verpflegungsgelder. Die durchschnittliche Einnahme an Verpflegungsgeldern für den Krankenverpflegungstag betrug im Rechnungsjahre 1905 2,47<sup>31</sup> M. Für 1907 sind angenommen 250 000 Krankenverpflegungstage, welche darnach eine Einnahme von 618 275 M. ergeben werden.

## B. Ausgabe.

I. Gehalt. Infolge vermehrter Arbeit und der sich ergebenden Unmöglichkeit, daß der Assistenzarzt der gynäkologischen Abteilung auch die Abteilung für Augenranke mit wahrnehmen kann, ist die Anstellung eines weiteren Assistenzarztes erforderlich.

Auch die Zahl des Bureaupersonals genügt schon seit längerem nicht mehr, weshalb die Anstellung eines jüngeren Schreibers beantragt wird, wogegen der bislang eingestellte Betrag für Schreibhülfe in Wegfall kommen kann.

Für die Pförtner Immelmann, Plander und Bruns, sowie den Boten Steinbrink werden je 100 M. Zulage erbeten.

Der Vorstand des Westfälischen Diakonissenhauses „Sarepta“ zu Bethel bei Bielefeld beantragt, die Vergütung für die Schwester von 350 auf 385 M. zu erhöhen, womit der für freie Pflegerinnen durchschnittlich gezahlte Betrag immerhin noch nicht erreicht wird.

II. Arbeitslohn. Gegen das Vorjahr sind 4000 M. mehr eingestellt aus Anlaß der im nächsten Jahre erfolgenden Inbetriebnahme des neuen Scharlach- und Rekonvaleszentenhauses und der Steigerung der Arbeits- und Dienstlöhne.

## III. 1. Speisung. Es sind angenommen

|                  |                                  |
|------------------|----------------------------------|
| 250 000          | Verpflegungstage von Kranken und |
| 68 000           | „ „ Personal                     |
| zusammen 318 000 | „ „ à 1 M. = 318 000 M.          |

Im Rechnungsjahre 1905 betrug die Ausgabe pro Kopf und Tag 95,24 Pfennig, die bei der weiteren Steigerung der Lebensmittelpreise wahrscheinlich den angenommenen Betrag erreichen wird.

III. 3. Für Feuerung sind in Rücksicht auf das Hinzukommen der Scharlachhäuser 2000 M. mehr eingestellt wie für dieses Jahr.

III. 7. Für Ergänzung und Reparatur des Inventars und der Kleidung sind mit Rücksicht auf die Erweiterung der Anstalt, sowie darauf, daß die Baraden neu auszustatten, wenn dieselben von den Scharlachkranken geräumt sein werden, 2000 M. mehr eingestellt wie in den beiden letzten Jahren.

III. 9. Bureaukosten und ärztliche Bibliothek. Da die Ausgabe in 1905 den für das laufende Jahr bewilligten Betrag bereits um über 500 M. übersteigt und eine weitere Vermehrung der Ausgaben für die ärztliche Bibliothek nicht zu vermeiden ist, sind 1000 M. mehr eingestellt.

III. 13. Viehhaltung. Der eingestellte Betrag entspricht der Ausgabe in 1905, die infolge Steigerung der Viehpreise sich kaum niedriger stellen wird.

Zu dem Budget der baulichen Unterhaltung und Anlagen sind in der Spalte „Begründung“ die erforderlichen Bemerkungen hinzugefügt. Trotz scharfer Prüfung an Ort und Stelle hat sich dieses Budget nicht weiter ermäßigen lassen, als die Streichungen der Anlage ergeben.

## II. St. Jürgens-Hshl.

## A. Einnahmen.

1) Verpflegungsgelder. Der durchschnittliche Krankenbestand im vorigen Rechnungsjahre betrug 435, der in der ersten Hälfte dieses Rechnungsjahres 435,5, die Einnahmen an Verpflegungsgeldern in den gleichen Zeiträumen 2<sup>197</sup> M. und 2<sup>211</sup> M. Für 1907 ist ein durchschnittlicher Krankenbestand von 450, demnach 164 250 Krankenverpflegungstage und eine durchschnittliche Einnahme an Verpflegungsgeldern von 2<sup>197</sup> M., mithin rund 359 700 M. angenommen.

## 2) Viehhaltung. Der Milchertrag ist angenommen zu

|                                          |           |
|------------------------------------------|-----------|
| 97 000 l à 16 S =                        | M. 15 520 |
| Erlös aus verkauften Kühen und Schweinen | „ 34 300  |
| Ertrag des Düngers                       | „ 1 180   |
|                                          | M. 51 000 |

Die Einnahmen an 3) Landwirtschaft und 4) Landpachten und Mieten können nur zu den angegebenen Beträgen angenommen werden.

## B. Ausgaben.

1) Gehalte. Für die Apothekerin, die Vorsteherin der Kochküche und die Vorsteherin der Waschküche ist eine Zulage von 50 M. eingestellt, die von denselben erbeten ist und angemessen erscheint.

2) Arbeits- und Dienstlöhne. Die Ausgabe betrug für das erste Halbjahr 1906 11 564,46 M., was eine Jahresausgabe von reichlich 23 000 M. ergeben würde. Da der Bedarf an Arbeitskräften wahrscheinlich etwas größer sein wird, als in diesem Jahre, so sind wieder 25 000 M. eingestellt.

3) Sachliche Ausgaben. Speisung. Die Ausgabe für das erste Halbjahr dieses Rechnungsjahres betrug für den Gesamtverpflegungstag 1,02 M. Da man auf eine Verbilligung der Lebensmittel wohl kaum hoffen darf, andererseits aber nicht unbedingt die Ausgabe für das erste Halbjahr auf das ganze Jahr anwenden kann, so sind als Kosten des Gesamtverpflegungstages 1 M. angenommen. Bei dem durchschnittlichen Krankenbestande von 450 ergeben sich 164 250 Krankenverpflegungstage, wozu 41 975 Personalverpflegungstage kommen werden, sodaß sich 206 225 Gesamtverpflegungstage und als Ausgabe für Speisung 206 225 M. ergeben.

Für Ärztliche Heilbedürfnisse und für Inventar usw. sind je 2000 M., für Reinigung 1000 M. weniger eingestellt.

Feuerversicherung. Wegen der im neuen Rechnungsjahre nötig werdenden Neuversicherung der meisten Häuser sind 500 M. mehr erforderlich.

Viehhaltung. Wegen höherer Viehpreise und nicht zu umgehender Vermehrung der Bedienung des Viehes sind 2000 M. mehr eingestellt.

Bauliche Ausgaben. Wie die Zusammenstellung ergibt, ist die Deputation bemüht gewesen, alle von der Direktion gewünschten, aber nicht unbedingt erforderlichen baulichen Verbesserungen zu streichen. Unter den „Gewöhnlichen Ausgaben“ ist der Schlusssposten „Unterhaltung und Verbesserung der Maschinen und sonstigen technischen Anlagen 7500 M.“ neu eingestellt. Die Kosten der Unterhaltung der Maschinen usw., die bei der neuen Anlage gering waren, aber im Steigen begriffen sind, sind bisher aus der Gesamtposition „Gewöhnliche Ausgaben“ bestritten. Dies hat zu Schwierigkeiten geführt, weil über diese Position die Hochbauinspektion verfügte, während die Maschinen und sonstigen technischen Anlagen dem Gewerbeamt Wegener als technischen Beirat der Deputation unterstellt sind. Es empfiehlt sich daher, einen besonderen Betrag für die Unterhaltung dieser Anlagen einzustellen, der dem technischen Beirat nach näherer Anweisung der Deputation zur Verfügung stehen würde. Da die fraglichen Anlagen mit einem Kostenaufwande von etwa 430 000 M. hergestellt sind, dürfte der Betrag von 7500 M. für die Unterhaltung nicht zu hoch gegriffen sein.

Die Deputation für die Krankenanstalt.

(gez.) Stadtländer.

(gez.) L. Groninger.

J. B.

## Budgetbericht der Polizeidirektion für 1906.

Anlage 4.

## I. Gehalte.

Neu eingestellt sind:

- 1) 1 Regierungsrat, gemäß Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 1. Dezember 1906.
- 2) 2 Bauaufseher unter Fortfall eines Hilfsbauaufsehers.
- 3) 1 Gewerbeinspektionsgehilfe.
- 4) 1 Bureauvorsteher.
- 5) 1 Kanzlist unter Fortfall eines Kanzleigehilfen.
- 6) 1 Kanzleigehilfe.
- 7) 1 Kriminalwachtmeister.
- 8) 1 Kriminalwachtmeister.

- 9) 4 Schutzmänner (Kriminal-Schutzmänner).
- 10) Zulage für dieselben.
- 11) 5 Schutzmänner.
- 12) 2 Feldhüter.
- 13) 1 Parkwächter.
- 14) 2 Schreiber.
- 15) 1 Hilfsdistriktschreiber.

Hierzu wird folgendes bemerkt:

Zu 2, 6 und 14.

Nachdem die im Jahre 1906 durchgeführte Teilung der Geschäfte nach drei bestimmten Stadtbezirken und die Bildung von drei gesonderten Kanzleien — vergleichs. Verhölgn. 1906 Seite 96/97 — sich in hohem Grade bewährt hat, empfiehlt es sich dringend, die Zahl der Bezirke und Abteilungen auf vier zu vermehren und jeden der Bezirke einem besonderen technischen Leiter zu unterstellen. Nach der im Juli 1906 geschehenen Anstellung eines weiteren Baumeisters sind hierfür die erforderlichen Kräfte vorhanden. Es bedarf daher lediglich der Bildung einer vierten Kanzlei, für die die Bewilligung eines Kanzleigehülfen zu ihrer Leitung und die Anstellung eines Schreibers erforderlich ist. Die Steigerung der Eingänge und Ausgänge ist eine solche, daß die Geschäftslast der einzelnen Abteilungen und Kanzleien zum Teil noch ganz erheblich über diejenige hinausgeht, die im Jahre 1900 der gesamten Baupolizei oblag.

Für den Fall der Bewilligung werden folgende Bezirke gebildet werden:

- 1) Altstadt und nördliche Vorstadt,
- 2) westliche Vorstadt,
- 3) östliche Vorstadt,
- 4) Neustadt und südliche Vorstadt.

Der erste Bezirk ist aus dem Grunde kleiner bemessen als die drei anderen Bezirke, weil der zu seiner Leitung berufene Baupolizei-Inspektor auch die Oberaufsicht über das übrige Stadtgebiet zu führen und die ihm zugewiesene von dem Bureauvorsteher geleitete Kanzlei zugleich die Generalakten sowie eine Reihe von sonstigen Geschäften zu bearbeiten hat.

Aus der Übersicht der zu bildenden Stadtbezirke ergibt sich zugleich, daß die Zahl der festangestellten Bauaufseher notgedrungen vermehrt werden muß. Zur Zeit stehen der Baupolizei 5 Bauaufseher und 2 Hilfsbauaufseher zur Verfügung, von denen die beiden letzteren im Jahre 1903 für die Anlegung von Spülaborten bewilligt sind. Schon die große Ausdehnung der drei unter 2—4 aufgeführten Bezirke beweist, daß für jeden von ihnen mindestens zwei Bauaufseher erforderlich sind, wenn eine nur einigermaßen genügende Kontrolle ausgeübt werden soll, während für den ersten Bezirk möglicherweise einstweilen mit einem Bauaufseher auszukommen sein wird. Da die Bevölkerung der Stadt sich auch im Jahre 1906 beträchtlich vermehrt hat, so ist ungeachtet des hohen Geldstandes ein erheblicher Rückgang der Bautätigkeit sehr unwahrscheinlich und ein dauerndes Bedürfnis für mindestens sieben Bauaufseher anzunehmen.

Es sind deshalb die beiden jetzigen Hilfsbauaufseher als Beamte eingestellt. Für den Fall ihrer Bewilligung wird auf einen der beiden Hilfsbauaufseher mit dem Lohnsatz von 2100 M. verzichtet werden können, wogegen beantragt wird, die Einstellung von 1800 M. für einen Hilfsbauaufseher aufrecht zu erhalten. Da die Pflicht zur Anlegung von Spülaborten im Jahre 1905 auch auf die an die Stadt angeschlossenen Vororte ausgedehnt ist, so wird eine zeitweilige Hilfskraft schlecht zu entbehren sein, zumal mit der Erweiterung des Kanalnetzes die Anlegung von Spülaborten noch für eine Reihe von Straßen wird gefordert werden müssen, für die bisher wegen Mangels eines genügenden Kanals nicht möglich war. Hinzu kommt, daß für die rechtzeitige Abnahme von Hochbauten, namentlich vor den üblichen Umzugsterminen, das Vorhandensein eines Hilfsbauaufsehers von großem Werte ist. Sollte die Bautätigkeit wider Erwarten bis Mitte des Sommers 1907 eine bedeutende Einschränkung erfahren, so wird von der Bewilligung des Hilfsbauaufsehers kein Gebrauch gemacht werden.

Zu 3. Die Beamten der Gewerbeinspektion sind nicht mehr im Stande, neben ihren übrigen Amtsgeschäften die Revisionen der ihrer Aufsicht unterstellten Anlagen in dem erforderlichen Umfange vorzunehmen. Ein erheblicher Teil dieser Revisionen erfordert keine besonderen technischen Kenntnisse und kann sehr wohl von einem Hilfsbeamten ohne eine spezielle Vorbildung unter Aufsicht und Anleitung des Gewerberats erledigt werden. Das Bedürfnis für eine solche Hilfskraft ist ein dauerndes. Durch die Gewährung derselben würden die technischen Beamten der Gewerbeinspektion soweit entlastet werden, daß die Anstellung eines vierten Gewerbeinspektors, der andernfalls schon jetzt näher getreten werden müßte, noch für einige Jahre hinausgeschoben werden kann.

Es wird daher um Anstellung eines Gewerbeinspektionsgehilfen als ruhegehaltsberechtigten Beamten gebeten, dessen Gehalt unter Zugrundelegung des Schutzmannsgehaltes bei Fortfall der Dienstkleidung auf 1500 M. bis 2000 M. mit fünf Alterszulagen von je 100 M. zu bemessen sein würde.

Zu 4. Ebenso bedarf die Kriminalkanzlei einer Verstärkung ihres Beamtenpersonals. Die Vermehrung der Geschäfte dieser Kanzlei ergibt sich aus der Zahl der Eingänge, die für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September im Jahre 1903: 31 084, im Jahre 1906: 39 036 betrugen, mithin um reichlich 25 % gestiegen sind. Die zu erledigenden Arbeiten sind höchst verantwortungsvoller Natur, da es sich dabei um die zahlreichen Haftfachen und durchweg eilige Angelegenheiten handelt. An Beamten verfügt die Kanzlei lediglich über einen Kanzlisten und einen Kanzleigehilfen, deren Kräfte zur Bewältigung der an sie herantretenden Aufgaben nicht mehr ausreichen. Es muß daher um die Bewilligung eines weiteren ruhegehaltsberechtigten Beamten gebeten werden und zwar eines Bureauvorstehers mit einem Gehalte von 2400 bis 3600 M. Damit würden dann drei Beamte und acht Schreiber vorhanden sein, ein Verhältnis, das sich durchaus im Rahmen der Organisation der Kanzleien anderer Behörden hält, denen die Kriminalkanzlei hinsichtlich der Bedeutung ihrer Arbeiten und der von den Angestellten zu übernehmenden Verantwortung sicher nicht nachsteht.

Zu 5. Von den Geschäften der Hauptkanzlei werden diejenigen, die die Abfertigung des Publikums, die Ausstellung von Bescheinigungen, Attesten, Befehlen u. s. w. betreffen, in einem besonderen Raume von dem ältesten Kanzleigehilfen mit einigen Schreibern selbstständig wahrgenommen. Mit der Ausdehnung der Stadt und der Zunahme der Bevölkerung haben auch diese Geschäfte gewaltig zugenommen. So werden jetzt an Gebühren, die sämtlich in kleinen Beträgen eingehen, an diesem Bureau allein etwa 25 000 M. p. a. vereinnahmt. Mit Rücksicht hierauf erscheint es erforderlich, diese Stelle in die eines Kanzlisten umzuwandeln. Die dem jetzigen Inhaber für die von ihm wahrzunehmende umfangreiche Kassenverwaltung gewährte Vergütung von jährlich 100 M. würde alsdann in Fortfall kommen.

Zu 7. Bereits im Budgetbericht vom 6. Februar 1906 (Verhdlg. S. 95) ist darauf hingewiesen worden, daß bei der fortwährenden Steigerung der Geschäfte der Kriminalabteilung die Anstellung eines weiteren Kriminalwachtmeisters für den Dienst im Stadthause erforderlich sei, daß aber zunächst der Versuch gemacht werden solle, durch Heranziehung eines Beamten aus einem Polizeidistrikt Abhilfe zu schaffen. Dieser Versuch hat sich nicht durchführen lassen, indem inzwischen die Arbeit in Kriminalsachen im Distrikt IX derartig angewachsen war, daß dorthin ein zweiter Kriminalwachtmeister zur ständigen Beschäftigung abgegeben werden mußte. Bereits im November 1905 zählte dieser Distrikt mehr als 25 000 Einwohner. Die Bevölkerungszunahme betrug in einem Jahre 2362 Personen.

Die Anstellung eines Kriminalwachtmeisters läßt sich daher jetzt nicht weiter hinauschieben.

Zu 8. 9. 10. Die Ansprüche an den Dienst der Sittenpolizei, die schon früher erhebliche waren, haben sich seit der im Jahre 1905 erfolgten Aufhebung der Verordnung vom 20. Dezember 1880 bedeutend gesteigert. Die Klagen Einheimischer und Fremder über das nächtliche Treiben liederlicher Frauenzimmer besonders in der Gegend der Bahnhofstraße und der Hafenstraße wiederholen sich

fortwährend. Um diesen Klagen gründlich abzuhelpen, würde es einer ganz erheblichen Verstärkung der der Polizeidirektion für die Zwecke der Sittenpolizei zur Verfügung stehenden Beamten bedürfen, indem ständige Nachtpatrouillen in verschiedenen Gegenden der Stadt eingerichtet werden müßten. Zunächst soll indessen versucht werden, mit geringeren Mitteln auszukommen, zu welchem Zwecke ein Kriminalwachmeister und vier Kriminalschutzmänner beantragt werden als das mindeste dessen, was verlangt werden muß, wenn den vorhandenen Übelständen mit einiger Aussicht auf Erfolg entgegengetreten werden soll.

Zu 11. Der Polizeidistrikt XII Hastedt hat in den letzten Jahren infolge der dort herrschenden Bautätigkeit erheblich an Ausdehnung zugenommen. Seine Einwohnerzahl hat jetzt die Zahl 8000 überschritten. Eine ordnungsmäßige Verordnung der bebauten und im Bau begriffenen Straßen, sowie die Erledigung der sonstigen polizeilichen Aufgaben läßt sich mit den vorhandenen Mannschaften nicht mehr durchführen. Weitere Ansprüche werden hervortreten, sobald die dort im Bau begriffenen Anlagen, das Elektrizitätswerk und die Norddeutsche Automobilfabrik, in Betrieb genommen sein werden. Zur Durchführung eines den rasch und stetig wachsenden Verhältnissen entsprechenden Dienstplans ist zurzeit die Anstellung von vier Schutzmännern erforderlich.

Für die Reservemannschaft im Stadthause wird die Anstellung eines Schutzmanns beantragt, da der derzeitige Bestand den fortwährend sich steigenden Ansprüchen an besondere Dienstleistungen, Ersatz in Erkrankungsfällen und für Vertretungen nicht genügt. Mit diesem Beamten würde die Reservemannschaft denjenigen Stand erreichen, der bereits im Jahre 1905 — siehe Verhdlg. S. 104 — als erforderlich bezeichnet wurde.

Zu 12. Es sind wiederholt Klagen laut geworden darüber, daß die zahlreichen die bebaute Stadt umgebenden bewirtschafteten Landparzellen nicht ausreichend beaufsichtigt werden.

Durch Beschluß vom 17. Oktober 1906 hat die Bürgerschaft den Senat ersucht, die Polizeidirektion mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich nicht empfiehlt, eine Vermehrung der Feldhüter eintreten zu lassen.

Dem ihr demgemäß erteilten Auftrage kommt die Polizeidirektion dahin nach, daß sie die Frage der Vermehrung der Feldhüter bejaht und die Bewilligung von zwei weiteren Stellen beantragt. Die vorhandenen fünf Feldhüter reichen nicht aus, um das ausgedehnte Parzellengelände genügend zu bewachen. Dies trifft besonders zu für das Gebiet westlich des Bürgerparks und für das linke Weserufer. Die beiden Feldhüter würden dem XIV. und dem XV. Polizeidistrikt zuzuweisen sein.

Zu 13. Auch der westliche Teil der Anlagen des Bürgerparks bedarf einer besseren Überwachung. Es ist von dort häufig über Zustände berichtet worden, die im Interesse der öffentlichen Ordnung nicht geduldet werden können. Um hier Abhilfe zu schaffen, wird um die Bewilligung eines fünften Parkwächters gebeten.

Zu 14 und 15. Je ein Schreiber werden für die Kasse und den XIV. Polizeidistrikt erbeten.

Für die Kasse ist ein weiterer Schreiber erforderlich, da namentlich infolge des neuen Gebührengesetzes die Geschäfte stark angewachsen sind; ebenso läßt sich die Anstellung eines Hilfsdistriktschreibers nicht umgehen, da durch Verlegung der Aktiengesellschaft „Weser“ nach Gröpelingen der Zuzug nach dort sehr zugenommen hat. Unter den Zuziehenden befinden sich viele Ausländer, namentlich Russen, deren Abfertigung, da sie der deutschen Sprache wenig oder garnicht mächtig sind, sehr viel Zeit in Anspruch nimmt; dagegen wird ein Schreiber der Gewerbeinspektion in Wegfall kommen, falls die zum Spezialbudget 106 II beantragte Kanzleigehülfsstelle bewilligt wird; zunächst mußte diese Stelle jedoch wieder eingestellt werden.

Die den Schreibern und Meldeschreibern gewährten Zulagen halten sich im Rahmen der Anweisung des Senats. Für die Extrazulagen an Schreiber Nagel, Grunwald, Schwerdtfeger, Schmidt und an den Meldeschreiber Müller ist die Genehmigung der Finanzkommission erteilt.

## II. Sachliche Ausgaben.

1. Bureaukosten. Es werden 2000 M. mehr erbeten, da dieselben von Jahr zu Jahr steigen.

2. Polizeiausgaben. Hier werden aus demselben Grunde, sowie für die Unterhaltung und Wartung der jetzt vorhandenen 6 Bedürfnisanstalten 6000 M. erbeten.

12. Fahrräder. Die mehr eingestellten 400 M. sollen zur Erneuerung einiger sehr alter Räder verwandt werden.

13. Zentraluhrenanlage. Infolge Anschlusses neuer öffentlicher Uhren werden 300 M. mehr erbeten.

16. Inventar, Umzugskosten und Haustelephon für Bureau XI. Durch den Neubau wird die Beschaffung verschiedener Möbel zc. erforderlich, die seiner Zeit bei Einrichtung des Bureaus XI nicht beschafft wurden, weil sie nicht untergebracht werden konnten, z. B. Schränke für sämtliche Schutzmannen; außerdem soll ein Telephon angelegt werden, das sämtliche Zimmer untereinander verbindet. Das Letzte ist im Vorjahre für Bureau X beschafft und hat sich hier wie an anderen Bureaus sehr gut bewährt.

17. Inventar, Umzugskosten und Verlegung der Telephone für Bureau XIV. Die durch den Betrieb der Aktiengesellschaft „Wefer“ in Gröpelingen hervorgerufene Entwicklung des Polizeidistrikts XIV macht es dringend wünschenswert, das Bureau dieses Distrikts, das sich zur Zeit in dem Hause Gröpelinger Chaussee Nr. 17 befindet, in den Vorort Gröpelingen selbst zu verlegen. Die derzeitige Lage des Bureaus ist von dem eigentlichen Verkehrszentrum des Distrikts zu entfernt. Den zahlreichen an dasselbe gelangenden telephonischen Ersuchen um Gewährung polizeilicher Hilfe bei Ruhestörungen und sonstigen Zwischenfällen kann mit dem vorhandenen Mannschaftsbestande nicht in dem erforderlichen Maße entsprochen werden. Die Polizeidirektion beabsichtigt daher, eine sich ihr bietende Gelegenheit zum Abschlusse eines Mietvertrages über ein geeignetes an der Lindenhofstraße belegenes Haus zu ergreifen, um das Polizeibureau dorthin zu verlegen. Da der Mietpreis derselbe ist, wie der für das bisher gemietete Gebäude, entstehen hierdurch besondere Aufwendungen, abgesehen von den Umzugskosten einschließlich der Verlegung des Telephonanschlusses und einigen geringen Inventarananschaffungen, nicht. Die Bewilligung dieser Kosten wird beantragt, wobei noch darauf hinzuweisen ist, daß auf diesem Wege die sonst erforderliche sehr viel kostspieligere Einrichtung eines Stehpostens in Gröpelingen verwieden wird.

18. Herstellung einer Fernspreerverbindung von der Südmole des Freihafen II zum Polizeibureau X. Diese Anlage ist erforderlich zur Wahrnehmung der sanitäts-polizeilichen Kontrolle für die in dem neu eröffneten Hafen II einlaufenden Schiffe. Diese sind beim Passieren der Südmole dem Polizeibureau X zu melden, damit die Besichtigung ohne Verzug erfolgen kann.

Bremen, den 12. Dezember 1906.

Die Polizeidirektion.  
(gez.) **Pürman, Dr.**

**Begleitbericht des Senatskommissars für die Hafenstädte zum Budget des  
Amtes Bremerhaven.**

Anlage 5.

Hierneben überreiche ich ergebenst die Entwürfe der Budgets der Einnahmen und Ausgaben des Amtes Bremerhaven in zwei Ausfertigungen mit folgenden Bemerkungen:

**1. Einnahmen.**

An Einnahmen sind eingestellt 98 000 M. gegen 90 000 M. im Vorjahre. Die Erhöhung der Posten 1, 3, 6 und 8 um im Ganzen 8000 M. wird nach den wirklichen Einnahmen der letzten Jahre unbedenklich sein.

Die Einnahmen Nr. 2, „Grundzins, Weinkaufsgelder, Mieten von Bremerhaven“ sind mit 40 805 *M.* eingestellt gegen 41 105 *M.* im Vorjahre. Nach Mitteilung des Steueramts in Bremerhaven, das sie veranschlagt hat, werden die Rekognitionsgebühren wegen Nichtbetreibung kaufmännischer Gewerbe, für die am alten Hafen belegenen Grundstücke, in Gemäßheit des § 6 des Gesetzes vom 7. Juli 1901 im laufenden Rechnungsjahre (1906) restlich erhoben. Der Ausfall dieser Gebühren, die bei der Position 1, „Grundzins, Erbzins etc.“ zur Vereinnahmung gelangen, ist bei der Aufstellung des Voranschlages für 1907 berücksichtigt.

## 2. Ausgaben.

### 1. Gehalte.

1) Die steigenden Geschäfte der Amtskasse dürften es rechtfertigen, die besondere Vergütung, welche der Kanzlist Melcher dafür erhält, von 300 *M.* auf 500 *M.* zu erhöhen. Die Umwandlung dieser Kanzlistenstelle in die eines Rendanten wird sich nicht lange mehr verschieben lassen.

2) Die Stelle eines Protokollführers des Seeamts ist mit 2400—3600 *M.* neu eingestellt unter Wegfall eines Kanzlistenpostens. Die Funktionen des als Protokollführer beim Seeamt tätigen Kanzlisten gehen über die eines Kanzlisten hinaus. Der Posten setzt namentlich neben den unbedingt erforderlichen seemannischen Kenntnissen und Sprachkenntnissen — der jetzige Protokollführer hat das See-Steuermanns-Patent und beherrscht die englische und die französische Sprache — selbstständiges Arbeiten in der Vorbereitung der Sachen und im Protokollieren voraus.

Auch ist zeitweise seine Hilfe bei der Aufertigung der Seeamtsprüche nicht zu entbehren, um eine glatte Erledigung der Geschäfte des Seeamts zu sichern.

Die Zahl der Seeamtsachen ist von 117 im Jahre 1900 auf 197 in diesem Jahre, die Zahl der Sprüche des Seeamts im gleichen Zeitraume von 65 auf 110 gewachsen. Der Kanzlist Pfennig ist daher jetzt ausschließlich und vollauf für das Seeamt beschäftigt.

Das Hamburger Seeamt, welches im Jahre 1905 160 Sprüche abgegeben hat, hat zwei Protokollführer, welche mit 3100—4400 bzw. 2300—3300 *M.* besoldet sind. Ein Gehalt von 2400—3600 *M.* wird daher für das neue Amt angemessen sein. Der Senat hat das neue Amt genehmigt.

3) Es sind neu eingestellt zwei Schreiber à 900 *M.*

Die Korrespondenz beim Amte weist im Geschäftsjahre 1905 eine Zunahme von über 8000 Nummern auf, in der Zeit vom 1. April bis 30. Oktober 1906 ist eine weitere Zunahme von rund 3000 Nummern konstatiert, so daß bis zum Schlusse des Geschäftsjahres 1906 eine Zunahme von voraussichtlich 6000 Nummern zu erwarten ist. Die Zunahme in den beiden Geschäftsjahren würde rund 14 000 Nummern betragen.

Außer der allgemeinen Geschäftszunahme ist eine nicht unerhebliche Mehrarbeit auf die Vervollkommnung der Journalführung zurückzuführen, die sich als notwendig erwies.

4) Für außerordentliche Schreibhilfe ist wie bei anderen Behörden eine besondere Position eingestellt, da das Bedürfnis vorübergehender Verstärkung der Schreibkräfte wiederholt hervorgetreten ist.

## II. Sachliche Ausgaben.

5) Die Position 1, „Verwaltung“, hat um 2000 *M.* erhöht werden müssen, da die Ausgaben infolge der allgemeinen Geschäftszunahme am Amte und der Vermehrung der in den Erziehungsanstalten untergebrachten Zöglinge gewachsen sind. Ferner sollen aus der Position bestritten werden die Auslagen der Beamten des neuengerichteten Sittendienstes, die Kosten für einen Anschluß an die Telephonanlage im Hafengebiet sowie für zwei neue Schiffsmeldeapparate im Amtsgebäude und in der Wache am Kaiserhafen. Die letztgenannten Neuerungen haben sich im dienstlichen Interesse als ein unbedingtes Erfordernis herausgestellt; auch mußte der bisher

im Amtsgebäude aufgestellte Schiffsmeldeapparat des Quarantäneamts in die Quarantänewache am Deich verlegt werden, damit er seiner Bestimmung diene und ihr nicht wie bei seiner bisherigen Unterbringung verloren ging. Die Ausgaben bei dieser Position werden im laufenden Rechnungsjahre annähernd 9800 M. betragen.

6) Die Position 3, „Medizinalamt“, ist mit 4800 M. eingestellt gegen 4200 M. im Vorjahre. Die im vorigen Jahre beantragte Erhöhung dieser Position infolge der aus ihr zu bestreitenden Vergütung für den Sachverständigen der Pflanzen- und Obstuntersuchung hat sich als nicht ausreichend herausgestellt, da die Pflanzen- und Obstuntersuchungen einen größeren Umfang angenommen haben. Der Mehrausgabe steht eine entsprechende Mehreinnahme bei der Einnahmeposition 1 „Polizei und Verwaltung“ gegenüber.

7) Die Position 6, „Heizung, Licht, Reinigung, Mobiliar“, ist mit dem Betrage des Vorjahres, nämlich mit 9000 M. wieder eingestellt. Aus den Mitteln dieser Position sollen außer den laufenden Ausgaben und dem Mobiliar für die neuanzustellenden Schreiber die Kosten für eine große Aktenreole in der Registratur im Betrage von 500 M. zur Unterbringung des stetig wachsenden Aktenmaterials bestritten werden.

8) Bei Position 9, „Zuschuß zum Brandlöschwesen“, ist gemäß der Teilung der Brandlöschkosten zwischen Amt und Stadtrat derselbe Betrag wie im städtischen Budget eingestellt, nämlich 39 035,25 M. gegen 30 837 M. im Vorjahre. Die Erhöhung des Betrages ist für eine Vermehrung der Mannschaft und des Pferdebestandes sowie für die Einrichtung einer elektrischen Alarmbelichtung im Depot erforderlich.

Bremen, den 13. Dezember 1906.

Der Senatskommissar für die Hafenstädte.

(gez.) Stadtländer.

## Budgetbericht der Zollverwaltung für 1907.

Anlage 6.

### A. Einnahmen.

Zu I 1 a. Die vom Reiche zu vergütenden Gehaltsdurchschnittssätze sowie dementsprechend die Vergütungen unter Titel IV und V des Zollverwaltungskostenetats (IV. 6 % der Besoldungssumme als Kosten der Bureaubedürfnisse und V. 5 % desgleichen als Kosten der räumlichen Unterbringung der Ämter, Anlageposten, sowie der Ausstattung derselben mit Utensilien) berechnen sich wie folgt:

#### I. Nach dem Stande an Beamten am 1. April 1906.

|                                                               |             |       |    |             |
|---------------------------------------------------------------|-------------|-------|----|-------------|
| 2 Oberinspektorstellen,                                       |             |       |    |             |
| Durchschnittsgehalt je                                        | M.          | 6 300 | =  | M. 12 600,— |
| 6 Prozent von                                                 | "           | 6 200 | =  | " 744,—     |
| 5                                                             | "           | 6 200 | =  | " 620,—     |
|                                                               |             |       | M. | 13 964,—    |
| 2 Hauptamtsrendanten- und 6 Oberrevisorenstellen = 8 Stellen, |             |       |    |             |
| Durchschnittsgehalt je                                        | M.          | 5 173 | =  | M. 41 384,— |
| 6 Prozent von                                                 | "           | 4 540 | =  | " 2 179,20  |
| 5                                                             | "           | 4 540 | =  | " 1 816,—   |
|                                                               |             |       | "  | 45 379,20   |
| 2 Hauptamtskontrollleurstellen,                               |             |       |    |             |
| Durchschnittsgehalt                                           | "           | 3 900 | =  | M. 7 800,—  |
| 6 Prozent von                                                 | "           | 3 900 | =  | " 468,—     |
| 5                                                             | "           | 3 900 | =  | " 390,—     |
|                                                               |             |       | "  | 8 658,—     |
|                                                               | Übertrag... | M.    |    | 68 001,20   |

|                                                                                                                                                                                                |             |           |              |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|-----------|--------------|
|                                                                                                                                                                                                | Übertrag... | M.        | 68 001,20    |
| 6 Oberkontrollleurstellen für Revision und Bureau,                                                                                                                                             |             |           |              |
| Durchschnittsgehalt je M.                                                                                                                                                                      | 3 675 = M.  | 22 050,—  |              |
| 6 Prozent von " "                                                                                                                                                                              | 3 675 = "   | 1 323,—   |              |
| 5 " " " "                                                                                                                                                                                      | 3 675 = "   | 1 102,50  | " 24 475,50  |
| 2 Obergrenzkontrollleurstellen,                                                                                                                                                                |             |           |              |
| Durchschnittsgehalt " "                                                                                                                                                                        | 3 675 ..... |           | " 7 350,—    |
| 65 Zollsekretärstellen und 1 Oberzolleinnehmerstelle = 66 Stellen,                                                                                                                             |             |           |              |
| Durchschnittsgehalt je M.                                                                                                                                                                      | 3 536 = M.  | 233 376,— |              |
| 6 Prozent von " "                                                                                                                                                                              | 3 190 = "   | 12 632,40 |              |
| 5 " " " "                                                                                                                                                                                      | 3 190 = "   | 10 527,—  | " 256 535,40 |
| 56 Zollassistentenstellen (darunter 2 Assistentenstellen I. Klasse, welche aus Anlaß der Neuordnung der Assistentenstellen am 1./6. und 1./10. 06. in Zollassistentenstellen umgewandelt sind) |             |           |              |
| Durchschnittsgehalt je M.                                                                                                                                                                      | 2 527 = M.  | 141 512,— |              |
| 6 Prozent von " "                                                                                                                                                                              | 2 527 = "   | 8 490,72  |              |
| 5 " " " "                                                                                                                                                                                      | 2 527 = "   | 7 075,60  | " 157 078,32 |
| 302 Revisionsaufseherstellen,                                                                                                                                                                  |             |           |              |
| Durchschnittsgehalt je M.                                                                                                                                                                      | 1 864 = M.  | 562 928,— |              |
| 6 Prozent von " "                                                                                                                                                                              | 1 760 = "   | 31 891,20 |              |
| 5 " " " "                                                                                                                                                                                      | 1 760 = "   | 26 576,—  | " 621 395,20 |
| 75 Grenzaufseherstellen,                                                                                                                                                                       |             |           |              |
| Durchschnittsgehalt " "                                                                                                                                                                        | 1 864 ..... |           | " 139 800,—  |
| 20 Amtsdiennerstellen,                                                                                                                                                                         |             |           |              |
| Durchschnittsgehalt " "                                                                                                                                                                        | 1 400 = M.  | 28 000,—  |              |
| 6 Prozent von " "                                                                                                                                                                              | 1 400 = "   | 1 680,—   |              |
| 5 " " " "                                                                                                                                                                                      | 1 400 = "   | 1 400,—   | " 31 080,—   |
| 4 Bootsführerstellen für den Abfertigungsdienst,                                                                                                                                               |             |           |              |
| Durchschnittsgehalt je M.                                                                                                                                                                      | 1 280 = M.  | 5 120,—   |              |
| 6 Prozent von " "                                                                                                                                                                              | 1 280 = "   | 307,20    |              |
| 5 " " " "                                                                                                                                                                                      | 1 280 = "   | 256,—     | " 5 683,20   |
| 3 Bootsführerstellen für die Grenzaufsicht,                                                                                                                                                    |             |           |              |
| Durchschnittsgehalt je M.                                                                                                                                                                      | 1 280 ..... |           | " 3 840,—    |
| II. In Zugang im Laufe des Rechnungsjahres 1906.                                                                                                                                               |             |           |              |
| a) Aus Anlaß der Erweiterung des Zollausschlußgebietes Bremen und der Errichtung der Zollabfertigungsstelle Zollausschuß II (Verhdln. 1906 S. 815/23 und 847).                                 |             |           |              |
| 1 Oberkontrollleurstelle für die Revision,                                                                                                                                                     |             |           |              |
| Durchschnittsgehalt .....                                                                                                                                                                      | M.          | 3 675,—   |              |
| 6 Prozent von M.                                                                                                                                                                               | 3 675 = "   | 220,50    |              |
| 5 " " " "                                                                                                                                                                                      | 3 675 = "   | 183,75    | " 4 079,25   |
| 7 Zollsekretärstellen,                                                                                                                                                                         |             |           |              |
| Durchschnittsgehalt je M.                                                                                                                                                                      | 3 536 = M.  | 24 752,—  |              |
| 6 Prozent von " "                                                                                                                                                                              | 3 190 = "   | 1 339,80  |              |
| 5 " " " "                                                                                                                                                                                      | 3 190 = "   | 1 116,50  | " 27 208,30  |
| 1 Zollassistentenstelle,                                                                                                                                                                       |             |           |              |
| Durchschnittsgehalt .....                                                                                                                                                                      | M.          | 2 527,—   |              |
| 6 Prozent von M.                                                                                                                                                                               | 2 527 = "   | 151,62    |              |
| 5 " " " "                                                                                                                                                                                      | 2 527 = "   | 126,35    | " 2 804,97   |
| 14 Revisionsaufseherstellen,                                                                                                                                                                   |             |           |              |
| Durchschnittsgehalt je M.                                                                                                                                                                      | 1 864 = M.  | 26 096,—  |              |
| 6 Prozent von " "                                                                                                                                                                              | 1 760 = "   | 1 478,40  |              |
| 5 " " " "                                                                                                                                                                                      | 1 760 = "   | 1 232,—   | " 28 806,40  |
|                                                                                                                                                                                                | Übertrag... | M.        | 1 378 137,74 |

|                                                                                   |             |              |              |          |
|-----------------------------------------------------------------------------------|-------------|--------------|--------------|----------|
|                                                                                   | Übertrag... | M.           | 1 378 137,74 |          |
| 14 Grenzaufseherstellen,                                                          |             |              |              |          |
| Durchschnittsgehalt je M. 1 864                                                   |             | "            | 26 096,—     |          |
| 3 Zollmaschinenstellen,                                                           |             |              |              |          |
| Durchschnittsgehalt " " 1 600                                                     |             | "            | 4 800,—      |          |
| 2 Amtsdienerstellen,                                                              |             |              |              |          |
| Durchschnittsgehalt " " 1 400                                                     | = M.        | 2 800,—      |              |          |
| 6 Prozent von " " 1 400                                                           | = "         | 168,—        |              |          |
| 5 " " " " 1 400                                                                   | = "         | 140,—        | "            | 3 108,—  |
| 1 Bootsführerstelle für die Abfertigung,                                          |             |              |              |          |
| Durchschnittsgehalt                                                               | M.          | 1 280,—      |              |          |
| 6 Prozent von M. 1 280                                                            | = "         | 76,80        |              |          |
| 5 " " " " 1 280                                                                   | = "         | 64,—         | "            | 1 420,80 |
| 8 Bootsführerstellen für die Grenzaufsicht,                                       |             |              |              |          |
| Durchschnittsgehalt je M. 1 280                                                   |             | "            | 10 240,—     |          |
| b) Aus Anlaß der Errichtung des Hauptzollamts Bindwams<br>neu errichtete Stellen: |             |              |              |          |
| 1 Oberinspektorstelle,                                                            |             |              |              |          |
| Durchschnittsgehalt                                                               | M.          | 6 300,—      |              |          |
| 6 Prozent von M. 6 200                                                            | = "         | 372,—        |              |          |
| 5 " " " " 6 200                                                                   | = "         | 310,—        | "            | 6 982,—  |
| 1 Hauptamtsrendantenstelle,                                                       |             |              |              |          |
| Durchschnittsgehalt                                                               | M.          | 5 173,—      |              |          |
| 6 Prozent von M. 4 540                                                            | = "         | 272,40       |              |          |
| 5 " " " " 4 540                                                                   | = "         | 227,—        | "            | 5 672,40 |
| 1 Hauptamtskontrollleurstelle,                                                    |             |              |              |          |
| Durchschnittsgehalt                                                               | M.          | 3 900,—      |              |          |
| 6 Prozent von M. 3 900                                                            | = "         | 234,—        |              |          |
| 5 " " " " 3 900                                                                   | = "         | 195,—        | "            | 4 329,—  |
| 2 Zollsekretärstellen,                                                            |             |              |              |          |
| Durchschnittsgehalt je M. 3 536                                                   | = M.        | 7 072,—      |              |          |
| 6 Prozent von " " 3 190                                                           | = "         | 382,80       |              |          |
| 5 " " " " 3 190                                                                   | = "         | 319,—        | "            | 7 773,80 |
| 1 Revisionsaufseherstelle,                                                        |             |              |              |          |
| Durchschnittsgehalt                                                               | M.          | 1 864,—      |              |          |
| 6 Prozent von M. 1 760                                                            | = "         | 105,60       |              |          |
| 5 " " " " 1 760                                                                   | = "         | 88,—         | "            | 2 057,60 |
| 2 Amtsdienerstellen,                                                              |             |              |              |          |
| Durchschnittsgehalt je M. 1 400                                                   | = M.        | 2 800,—      |              |          |
| 6 Prozent von " " 1 400                                                           | = "         | 168,—        |              |          |
| 5 " " " " 1 400                                                                   | = "         | 140,—        | "            | 3 108,—  |
| Zusammen I u. II...                                                               | M.          | 1 453 725,34 |              |          |

## III. In Abgang.

1 Revisionsaufseherstelle, welche  
in eine Steueraufseherstelle um-  
zuwandeln ist.

|                        |     |          |    |              |
|------------------------|-----|----------|----|--------------|
| Durchschnittsgehalt    | M.  | 1 864,—  |    |              |
| 6 Prozent von M. 1 760 | = " | 105,60   |    |              |
| 5 " " " " 1 760        | = " | 88,—     | M. | 2 057,60     |
| Übertrag...            | M.  | 2 057,60 | M. | 1 453 725,34 |

Übertrag... M. 2 057,60 M. 1 453 725,34

Infolge Umwandlung einer Bootsführerstelle für Abfertigung in solche für Grenzaufsicht. Wegfall der Vergütungen unter Titel IV und V des Zollverwaltungs-kostenetats und zwar:

|                          |    |       |            |                 |
|--------------------------|----|-------|------------|-----------------|
| 6 Prozent von M. 1 280 = | M. | 76,80 |            |                 |
| 5 " " " 1 280 =          | "  | 64,—  | "          | 140,80          |
|                          |    |       |            | 2 198,40        |
|                          |    |       | bleiben... | M. 1 451 526,94 |

welche mit rund 1 451 530 M. eingesetzt sind.

Zu I 1 b. Die Vergütungen für außergewöhnliche Dienstleistungen haben sich noch weiter gesteigert und bei dem zunehmenden Verkehr ist auch für das Rechnungsjahr 1907 eine weitere Steigerung zu erwarten. Dementsprechend sind die gegenüber dem Reiche speziell in Anrechnung zu bringenden Zollverwaltungs-kosten auf 52 000 M. erhöht.

Zu I 2 a. Für die Erhebung der Tabaksteuer sind vom Reiche vergütet:

|                                               |    |        |
|-----------------------------------------------|----|--------|
| im Rechnungsjahre 1903.....                   | M. | 12,65  |
| " " 1904.....                                 | "  | 103,47 |
| " " 1905.....                                 | "  | 69,77  |
| im I. Halbjahre des Rechnungsjahres 1906..... | "  | 16,64  |

Es ist daher die Vergütung von 10 M. auf 40 M. erhöht.

Zu I 2 b. Nach dem Zigarettensteuergesetze vom 3. Juni 1906 unterliegen der im Inlande geschnittene Zigarettentabak, die im Inlande hergestellten Zigaretten sowie die ungefüllt zum Verkauft gelangenden Zigarettenhüllen einer besonderen in die Reichskasse fließenden Steuer. Dergleichen Besteuerung unterliegen neben dem Eingangszoll auch die aus dem Auslande eingeführten vorgenannten Erzeugnisse. Für die Erhebung und Verwaltung der Zigarettensteuer werden jedem Bundesstaate vorläufig vier vom Hundert der in seinem Gebiete zur Verrechnung gekommenen Roh-Solleinnahme vergütet.

Für die Erhebung und Verwaltung der Zigarettensteuer sind vergütet:

|                                               |    |         |
|-----------------------------------------------|----|---------|
| im II. Viertel des Rechnungsjahres 1906 ..... | M. | 2401,16 |
| " Monat Oktober 1906 .....                    | "  | 303,34  |

Da im bremischen Staatsgebiete Zigarettenfabriken von Bedeutung nicht vorhanden sind und sich die Haupteinnahme auf die aus dem Auslande eingeführten Erzeugnisse erstrecken wird, so ist eine große Einnahme an Zigarettensteuer und dementsprechend an Vergütung nicht zu erwarten.

Es sind an Vergütung für Erhebung und Verwaltung der Zigarettensteuer, da das II. Viertel des Rechnungsjahres nicht als maßgebend anzusehen ist, nur 5000 M. in Ansatz gebracht.

Zu I 2 c. Für die Erhebung der Zuckersteuer sind vom Reiche vergütet:

|                                                |    |        |
|------------------------------------------------|----|--------|
| im Rechnungsjahre 1903 .....                   | M. | 752,64 |
| " " 1904 .....                                 | "  | 62,47  |
| " " 1905 .....                                 | "  | 0,15   |
| im I. Halbjahre des Rechnungsjahres 1906 ..... | "  | 0,18   |

Es ist daher die Vergütung von 10 M. auf 1 M. herabgesetzt.

Zu I 2 d. Die Einnahmen an Branntweinsteuer sind von der II. Hälfte des Rechnungsjahres 1905 ab wieder gestiegen. Es haben betragen:

|                                           | Die Einnahme: | Die Vergütung des Reichs: |
|-------------------------------------------|---------------|---------------------------|
| im Rechnungsjahr 1903 .                   | M. 906 774,55 | M. 52 271,15              |
| " " 1904 .                                | " 825 822,65  | " 47 120,26               |
| " " 1905 .                                | " 841 503,95  | " 47 540,48               |
| im I. Halbjahr des Rechnungsjahres 1905 . | " 368 627,05  | " 22 844,89               |
| " " " " 1906 .                            | " 376 891,90  | " 22 907,49               |

Die Vergütung des Reichs für Erhebung und Kontrolle ist daher mit 48 000 M. eingesetzt.

Zu I 2 f. Die Einnahmen an Brausteuern sind nach 1904 weiter gestiegen. Es haben betragen:

|                     | Die Einnahme: | Die Vergütung des Reichs: |
|---------------------|---------------|---------------------------|
| 1903.....           | M. 301 357,50 | M. 45 203,63              |
| 1904.....           | " 288 822,35  | " 43 323,35               |
| 1905.....           | " 337 587,70  | " 50 638,16               |
| im 1. Halbjahr 1905 | " 161 517,—   | " 24 227,55               |
| im 1. Halbjahr 1906 | " 177 515,90  | " 22 657,17               |

Die Vergütung des Reichs für Verwaltung und Erhebung der Brausteuern ist seit dem 1. Juli 1906 durch den Bundesrat von 15 auf 10 vom Hundert der Roh-Solleinnahme herabgesetzt. In Ermangelung weiterer Erfahrung ist der vorjährige Betrag der Vergütung des Reichs mit 48 000 M. wieder eingestellt.

Zu I 2 h. Die Einnahmen an Reichsstempelabgaben sind nach 1904 bedeutend gestiegen und haben insbesondere bei der Abgabe für Wertpapiere (Aktien usw.) eine hohe Mehreinnahme in den ersten sieben Monaten des Rechnungsjahres 1906 erfahren.

Es haben betragen:

|                                  | Für Aktien, Anze, Renten- und Schuldverschreibungen |    | Für Kauf- und sonstige Anschaffungs-geschäfte |    | Für Lotterielose |    | Für Schiffsfracht-urkunden * (für 1906 nur für die Zeit von April bis Juni.) |    | Nach dem Reichsstempelgesetz vom 3. Juni 1906 |    | Für Fracht-urkunden |    | Für Personen-fahrtarten |    | Für Erlaubnis-karten für Kraft-fahrzeuge |    | Für Ver-gütungen an Auf-sichts-rat-mitglieder |    | Zusammen  |    | Die Ver-gütung des Reichs beträgt |    |
|----------------------------------|-----------------------------------------------------|----|-----------------------------------------------|----|------------------|----|------------------------------------------------------------------------------|----|-----------------------------------------------|----|---------------------|----|-------------------------|----|------------------------------------------|----|-----------------------------------------------|----|-----------|----|-----------------------------------|----|
|                                  | M.                                                  | S. | M.                                            | S. | M.               | S. | M.                                                                           | S. | M.                                            | S. | M.                  | S. | M.                      | S. | M.                                       | S. | M.                                            | S. | M.        | S. | M.                                | S. |
| 1903                             | 145 741                                             | 40 | 268 960                                       | 45 | 14 972           | 50 | 113 564                                                                      | 40 | —                                             | —  | —                   | —  | —                       | —  | —                                        | —  | —                                             | —  | 543 228   | 75 | 10 864                            | 37 |
| 1904                             | 167 162                                             | 80 | 190 103                                       | 15 | 18 105           | 45 | 103 530                                                                      | 40 | —                                             | —  | —                   | —  | —                       | —  | —                                        | —  | —                                             | —  | 478 901   | 80 | 9 578                             | 04 |
| 1905                             | 715 921                                             | 20 | 187 672                                       | 85 | 12 263           | —  | 119 169                                                                      | 60 | —                                             | —  | —                   | —  | —                       | —  | —                                        | —  | —                                             | —  | 1 035 026 | 65 | 20 700                            | 53 |
| II bis<br>schl.<br>tober<br>1905 | 380 410                                             | —  | 104 397                                       | 40 | 10 763           | 05 | 64 077                                                                       | 50 | —                                             | —  | —                   | —  | —                       | —  | —                                        | —  | —                                             | —  | 559 647   | 95 | 11 192                            | 96 |
| 1906                             | 1 497 578                                           | 60 | 90 307                                        | 05 | 11 956           | 40 | * 29 095                                                                     | 30 | 42 602                                        | 75 | 4 927               | 55 | 5 118                   | 50 | 7 389                                    | —  | —                                             | —  | 1 688 975 | 15 | 33 779                            | 51 |

Da die Abgabe für Wertpapiere (Aktien usw.), wie sich aus vorstehenden Angaben ergibt, ihrer Natur nach sehr wechselvoll ist, so ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß im Rechnungsjahre 1907 eine wesentliche Mindereinnahme gegen das vorhergehende eintritt. Aus diesem Grunde ist trotz des hohen Vergütungsbetrages (33 779,51 M.) für die sieben ersten Monate des Rechnungsjahres 1906 nur der Betrag von 25 000 M. eingestellt.

Zu II 2 a. Infolge Erhöhung der Gehaltsdurchschnittssätze für die Zollsekretäre und aus Anlaß des Zutritts einer industriellen Anlage hier, welche demnächst für einen Zollsekretär und einen Aufseher fixierte Verwaltungskostenbeiträge zu zahlen haben wird, steigt die Einnahme gegenüber dem Rechnungsjahre 1906. Dementsprechend ist der sich durch Berechnung ergebende Betrag eingesetzt.

Zu II 3. Dadurch, daß bei einigen Inhabern von Dienstwohnungen das Gehalt durch die gesetzlichen Alterszulagen steigt und je eine Dienstwohnung für einen Oberkontrollleur und einen Amtsdienner im neuen Verwaltungsgebäude am Hafen II sowie für einen Amtsdienner im Hauptzollamtsgebäude am Bindwams hinzukommen, erhöht sich die Einnahme an Miete für Dienstwohnungen für das Rechnungsjahr 1907 gegenüber dem laufenden Rechnungsjahre.

Bei den übrigen Einnahmetiteln sind wesentliche Änderungen in den Erträgen nicht zu erwarten.

## B. Ausgaben.

Zu B I 544. Die zufolge Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 31. Oktober/8. November 1905 — Verhölgen. S. 945 und 969 — vom 1. Januar 1907 ab kommissarisch bei der Zollabfertigungsstelle Bürgermeister Smidtstraße in Bremerhaven errichtete Revisionsaufseherstelle ist vom 1. April 1907 ab endgültig zu besetzen. Der Reichsbevollmächtigte für Zölle und Steuern hat sich hiermit einverstanden erklärt.

Zu B II. Der Fonds ist im Vorjahre zur Bewältigung der aus Anlaß der Einführung des neuen Zolltarifs bei den Eingangsabfertigungen etwa eintretenden Schwierigkeiten in bezug auf rechtzeitige Stellung der erforderlichen Beamtenkräfte vorübergehend um 3000 M. erhöht worden. Es empfiehlt sich, von diesem Betrage noch 1000 M. vorläufig bei dem Fonds zu belassen, um etwa noch eintretenden Schwierigkeiten gewachsen zu sein, und sind daher von dem vorjährigen Gesamtbetrage von 7000 M. nur 2000 M. abgesetzt worden, so daß der Fonds mit 5000 M. in Anlaß gekommen ist.

Zu B III. Die mit dem 1. Januar 1907 beendete Verstärkung des Beamtenpersonals ergibt für das Rechnungsjahr 1906 eine Vermehrung um 63 Beamte. Dieser bedeutenden Zunahme entsprechend ist der Fonds, welcher im Vorjahre 7500 M. betrug, auf 9000 M. gebracht worden.

Zu B IV 1. Die aus diesem Fonds den Beamten zu zahlenden, von den Zollpflichtigen aber demnächst der Staatskasse zu erstattenden Gebühren für außerordentliche Dienstleistungen haben im Rechnungsjahre 1906 eine erhebliche Steigerung erfahren und lassen mit Rücksicht auf die inzwischen erweiterten Verkehrsverhältnisse auch für das Rechnungsjahr 1907 eine weitere Zunahme erwarten. Ferner werden durch die in Aussicht genommene Abordnung eines Oberbeamten im Rechnungsjahre 1907 zur mehrmonatlichen Teilnahme am Unterricht an der Hauptlehranstalt für Zollbeamte in Berlin etwa 2500 M. erforderlich sein. Der Fonds ist daher von 46 000 M. auf 59 000 M. erhöht worden.

Zu B IV 2. Durch die Errichtung des zweiten Hauptzollamts in Bremen sind die Bezirksbereisungen, soweit sie bisher einem Oberinspektor und einem Oberrevisor oblagen, auf je zwei solcher Beamte übergegangen. Bei einer dementsprechenden Teilung der bisher mit 900 M. für einen Oberinspektor und mit 350 M. für einen Oberrevisor angelegten Kosten würden auf die 2 Oberinspektoren je 450 M., auf die 2 Oberrevisoren je 175 M. entfallen. Diese Beträge reichen aber nicht aus, da die Kontrollfahrten durch die Inbetriebnahme des zweiten Hafenbeckens und die Errichtung der Grenzaufsichtsstation Rablinghausen, sowie auch infolge der Einführung des Zigarettensteuergesetzes, welches viele Revisionen der Steuerpflichtigen erfordert, eine wesentliche Erweiterung erfahren haben. Es sind daher für die Oberinspektoren je 150 M. = 300 M., für die Oberrevisoren je 25 M. = 50 M. mehr in Anrechnung gebracht worden. Ebenso haben die Dienstfahrten des Obersteuerkontrolleurs sowie der mit der Kontrollierung der inneren Steuern beauftragten Beamten aus Anlaß der Einführung des Zigarettensteuergesetzes sich vermehrt, und sind deshalb die bisherigen Beträge und zwar für den Obersteuerkontrolleur von 180 M. auf 240 M., für die beauftragten Beamten zusammen von 80 M. auf 120 M. erhöht worden. Ferner ist in Bremerhaven eine häufigere Anwesenheit des Obergrenzkontrolleurs bei den ihm zugewiesenen Abfertigungsstellen behufs Teilnahme an den Warentarifierungen erforderlich, was eine vermehrte Benutzung der Fahrgelegenheiten für ihn bedingt. Es sind daher 90 M. statt, wie im Vorjahre, 60 M. in Anrechnung gekommen. Schließlich sind die Fahrgelder für zwei Einsammler der Schiffsabgabe von 100 M. auf 234 M. erhöht worden, was darin seinen Grund hat, daß für jeden derselben eine Jahreskarte für die Straßenbahn zum Betrage von je 102 M. beschafft werden soll, und außerdem ein Betrag von 30 M. in Fällen der Erkrankung oder Beurlaubung der Einsammler für die Vertreter zur Verfügung stehen muß, da die Straßenbahnverwaltung die Übertragbarkeit der Karten auf letztere nicht gestattet. Durch die ungehinderte Benutzung der Straßenbahn wird eine schnellere Erledigung der Ein-

ziehungsgeschäfte bewirkt, so daß die aus Anlaß der Eröffnung des zweiten Hafenbeckens errichtete dritte Einfammlerstelle, deren Besetzung nach dem bisherigen Geschäftsgange noch nicht im Bedürfnis gelegen hat, vorläufig noch weiter unbesetzt bleiben kann.

Die Gesamterhöhung des Fonds beträgt demnach 614 M., so daß derselbe auf 2864 M. gegen 2250 M. im Vorjahre festzusetzen sein wird.

Zu B V 1. Die Geschäftsbedürfnisse sind hauptsächlich infolge der Errichtung der Zollabfertigungsstelle Zollausschluß II und des Hauptzollamts Bindwams bedeutend gestiegen. Der für Heizung dieser Gebäude, von denen das erstere sehr große Räume besitzt und wegen der exponierten Lage den Unbilden der Witterung besonders ausgesetzt ist, sowie für elektrische Beleuchtung derselben entstehende Mehrbedarf wird auf 10 000 M. veranschlagt. Ferner sind für Schreibmaterialien 300 M., für Siegellack usw., Bleie und Plombenschnur 500 M., für Packmaterial zur Versendung von Geld, Registern usw. 200 M., für bibliothekarische Gegenstände 100 M., für Buchbinderkosten 300 M., für Arbeitslöhne 700 M., für sonstige Bureaukosten 870 M. auf die beiden Hauptämter im Bremen zusammen mehr zu rechnen. Auch für das Hauptzollamt Bremerhaven wird ein Mehrbetrag von 975 M. und für das Nebenzollamt Vegeack ein solcher von 175 M. erforderlich, da nach den Erfahrungen der letzten Jahre die bisherigen Beträge nicht ausreichen. In Wegfall dagegen kommt künftig der Mietbetrag für die bisher im Verwaltungsgebäude des Zollausschlußgebiets benutzten Räume des Zoll-Laboratoriums mit 1270 M., da letzteres vom 1. Januar 1907 ab in das neue Hauptzollamtsgebäude verlegt wird. Der Gesamtbetrag des Fonds wird daher unter Erhöhung des vorjährigen Betrages von 42 000 M. um 12 850 M. auf 54 850 M. für 1907 festzusetzen sein.

Zu B V 2. Durch die Einführung neuer Abgabenzweige usw. ist der Formularbedarf größer geworden, weshalb mit 8000 M. 1000 M. mehr eingestellt sind wie im Vorjahre.

Zu B V 3. Infolge der Neuerrichtung des zweiten Hauptamts wird sich voraussichtlich noch das Bedürfnis zur Anschaffung verschiedener Inventarstücke herausstellen, weshalb der Fonds von 4000 M. auf 5000 M. erhöht worden ist.

Zu B V 4. Die Errichtung des zweiten Hauptamtes bringt eine erhebliche Vermehrung des Schriftwechsels mit sich, aus welchem Anlaß der vorjährige Betrag von 300 M. auf 400 M. erhöht ist.

Zu B V 5. Für die noch im Laufe des Rechnungsjahres 1906 in Betrieb kommenden Zollfahrzeuge auf der Weser sind die jährlichen dem Reiche gegenüber anrechnungsfähigen Unterhaltungskosten einschließlich des Verbrauchsmaterials zu rund 12 000 M. und sonstige Kosten mit 300 M. angenommen. Der vorjährige Betrag von 450 M. ist daher unter Erhöhung von 12 300 M. auf 12 750 M. gebracht worden.

Zu B V 6. Um aus Anlaß der Einführung des neuen Zollltarifs etwa noch erforderlich werdende Anschaffungen zu ermöglichen, empfiehlt es sich, für das Rechnungsjahr 1907 noch einen Betrag von 2000 M. bereit zu stellen.

Zu B VII. Mit dem Wachsen der Beamtenzahl nimmt der Wechsel in den Stellenbesetzungen zu. Es sind daher 1000 M. mehr wie im Vorjahre in Ansatz gebracht, wodurch sich der Betrag von 4000 M. auf 5000 M. erhöht.

Bremen, den 18. Dezember 1906.

Die Senatskommission für Zollangelegenheiten.  
(gez.) **Marcus.**

Anlage 7.

**Budgetbericht der Baudeputation, Abteilung Straßenbau.**

Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, überreicht hierneben ihr Budget für 1907 unter Bezugnahme auf den beifolgenden Bericht des Baurats Graepel.

Ebenso wie in früheren Jahren müssen in betreff der in den Verzeichnissen für Neu- und Umlegungen von Straßen angeführten Materialien Änderungen vorbehalten bleiben, wenn sie sich als zweckmäßig erweisen sollten.

Um mit den Neu- und Umlegungen von Straßen sofort nach Eintritt geeigneter Witterung beginnen zu können, darf um eine baldige und vorgängige Beschlussfassung gebeten werden, wie sie in den letzten Jahren stets erfolgt ist.

Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau.

(gez.) **Weßels.** (gez.) **W. Boettcher.**

Unteranlage.

**Bericht des Baurats Graepel.**

Für die Aufstellung des Budgets für 1907 beehre ich mich an Hand der anliegenden Zusammenstellungen das nachstehende zu berichten:

**A. Ordentliche Einnahmen.**

Der Erlös aus Pachten für Straßenareal, Grasnutzungen usw. hat um 500 M. niedriger eingelegt werden müssen, da nach den vorliegenden Erfahrungen der Betrag von 1500 M. zu hoch gegriffen ist, dahingegen kann der Erlös aus Gebühren für Aufbrechen von Straßenpflaster zur Herstellung von Anschlüssen in gesperrten Straßen nach den Ergebnissen der letzten Jahre statt mit 2500 mit 4000 M., also um 1500 M. höher, angelegt werden.

Neu einzustellen sind die Gebühren gemäß § 176 der neuen Bauordnung, die mit 1000 M. zu veranschlagen sein dürfen.

Der Überschuss des Lagers war bisher mit 20000 M. veranschlagt, ich trage aber keine Bedenken, dafür 35000 M. einzusetzen.

Insgesamt sind dem Vorstehenden entsprechend für ordentliche Einnahmen des Straßenbaues 41000 M. einzusetzen.

**B. Außerordentliche Einnahmen.**

Die Beiträge für Straßenanlagen lassen sich erst einigermaßen zutreffend angeben, wenn über die in Vorschlag gebrachten Neuanlagen von Straßen Beschluss gefasst ist, da erst dann festgestellt werden kann, welcher Betrag aus dem Fonds für außerordentliche Verwendungen dem Staatshaushalte gutzuschreiben ist. Die Beiträge für Straßen, deren Kosten noch aus dem laufenden Haushalt bestritten sind, werden zu 40000 M. anzunehmen sein. Eine auch nur annähernd zutreffende Angabe lässt sich nicht machen, da nicht vorausgesehen werden kann, in welchem Umfange an staatsseitig angelegten Straßen gebaut werden wird. Der vorstehende Betrag ist auf Grund der für 1906 bis jetzt eingegangenen Summe von 29200 M. angenommen.

**C. Ordentliche Ausgaben.**

**I. Gehalte.** Die durch die Beförderung des Maschinen- und Kesselwärters frei gewordene Stelle ist noch nicht wieder besetzt worden, die Stelle ist daher mit „vakant“ bezeichnet und mit dem Anfangsgehalt von 1200 M. eingelegt.

Ich muß zu diesem Kapitel bemerken, daß die außerordentlich starke Zunahme der Geschäfte des Straßenbaues eine wesentliche Vermehrung der Beamten des Straßenbaues erforderlich macht, ich glaube aber auf bestimmte Vorschläge verzichten zu können, wenn zunächst eine Summe von 5000 M. für außerordentliche Hilfsarbeit eingelegt wird, damit die bei der Rekanalisation beschäftigten Ingenieure und Techniker nach Bedarf auch bei den budgetmäßig auszuführenden Arbeiten verwendet werden können. Ich hoffe, daß es alsdann gelingen wird, bei angestrengtester Tätigkeit die Arbeiten noch für ein Jahr mit dem vorhandenen Personal bewältigen zu können.

II. Reisen usw. Für Reisen und Fahrgelder bei Besichtigungen in anderen Städten und weiter entfernten Stadt- und Gebietsteilen ist derselbe Betrag wie für 1906 eingestellt.

III. Gewöhnliche Unterhaltung. Für die Unterhaltung der Straßen und Plätze, der Kanäle, der Brunnen, sowie der Brücken, Wege und Gräben der Bürgerweide sind dieselben Beträge wie für 1906 eingestellt.

Für die Brücken über die große und die kleine Weser sind etwa 6000 M. weniger als für 1906 eingestellt, da voraussichtlich größere Instandsetzungsarbeiten nicht erforderlich werden.

Für eine Erneuerung der Hemmbrücke war für 1906 der Betrag von 11 000 M. eingesetzt. Die Erneuerung hat noch nicht stattzufinden brauchen, da durch geringfügige Ausbesserungen die Brücke vorläufig genügend hat erhalten werden können.

Es sind von den bewilligten 11 000 M. nur 72 M. für Projektbearbeitung verausgabt, so daß 10 928 M. nicht zur Verwendung kommen.

Gemäß dem bereits von Senat und Bürgerschaft genehmigten Projekte sind nunmehr 15 500 M. für die Erneuerung der Brücke eingestellt.

IV. Betrieb und Unterhaltung der Schöpfwerke. Nach den bisherigen Betriebsergebnissen ist anzunehmen, daß auch im Jahre 1907 mit den für 1906 bewilligten Beträgen bei den bisherigen Schöpfwerken auszukommen sein wird. Es sind aber außerdem für das provisorische Schöpfwerk in der Feldmark Walle (Verhdlg. 1906 S. 826, 827 und 841) weitere 11 000 M. einzusetzen.

#### D. Neu- und Umlegungen von Straßen.

Auch bei der Aufstellung des Budgets für 1907 haben viele dringend notwendige Ausführungen noch zurückgestellt werden müssen. Ich muß unter Hinweis auf meine früheren zur Aufstellung des Jahresbudgets erstatteten Berichte wiederholen, daß mit den alljährlich zur Verfügung gestellten Mitteln ein allen Anforderungen entsprechender Zustand der Straßenbepflasterung nicht erzielt werden kann, da in früheren Jahren das Straßenpflaster aus finanziellen Gründen zu sehr vernachlässigt worden ist.

In betreff der Verwendung der Materialien ist zu bemerken, daß im allgemeinen für Straßen mit bedeutenderem Verkehr in erster Linie schwedischer Granit für die Fahrbahnpflasterung vorgesehen worden ist, jedoch auch die Verwendung anderen Materials vorbehalten werden muß, falls solches in geeigneter Beschaffenheit preiswert zu erwerben ist. Namentlich wird für viele Straßen die Verwendung von Schlackensteinen statt des Granits in Frage kommen, denn wenn es auch noch zweifelhaft erscheinen kann, ob die Schlackensteine dem besseren Granit an Haltbarkeit gleichwertig sind, so bieten sie doch wegen ihrer gleichmäßigen Oberfläche und der größeren Geräuschlosigkeit beim Befahren so große Vorteile, daß deren Verwendung in größerem Umfange sich empfiehlt, wenn die Beschaffung zu angemessenem Preise möglich ist.

Im übrigen glaube ich auf die Bemerkungen zu den einzelnen Ansätzen verweisen zu dürfen.

#### E. Neuanlage von Straßen.

Die den einzelnen Ansätzen beigelegten Bemerkungen dürften zur Begründung der Anträge genügen.

Die mutmaßlich eingehenden Beiträge lassen sich nur ungenau angeben, da sich nicht voraussehen läßt, wie weit die anliegenden Grundstücke mit Ausgang nach den betreffenden Straßen bebaut werden, im allgemeinen werden die angegebenen Summen annähernd zutreffend sein.

(gez.) Graepel.

Einverstanden

den 28. November 1906.

Der Oberbaudirektor

(gez.) Büding.

Anlage 8.

## Budgetbericht der Deputation für Regulierung der Baulinien.

Die Geschäfte der Regulierungsdeputation sind in den letzten Jahren derartig gewachsen, daß sie durch die vorhandenen Beamten nicht mehr ordnungsmäßig erledigt werden können. Ein äußeres Kennzeichen für diese Zunahme ist die Anzahl der Eingänge.

Diese betragen

|                                 |      |
|---------------------------------|------|
| im Jahre 1902.....              | 2560 |
| " " 1903.....                   | 3160 |
| " " 1904.....                   | 4300 |
| " " 1905.....                   | 5210 |
| und in diesem Jahre werden..... | 6000 |

Eingänge allein für die Regulierungsdeputation sicher erreicht werden. Seit 1903 haben sich die Eingänge demnach nahezu verdoppelt, während die Anzahl der Vermessungsbeamten nur um einen größer ist, als Ende 1903. Ein weiteres äußeres Erkennungsmerkmal für die Zunahme der Geschäfte ist die Zahl der in einem Jahre abgeschlossenen Verträge. Es sind abgeschlossen worden:

|                             |              |
|-----------------------------|--------------|
| im Jahre 1902.....          | 137 Verträge |
| " " 1903.....               | 195 "        |
| " " 1904.....               | 212 "        |
| " " 1905.....               | 228 "        |
| und " " 1906 werden etwa .. | 350 "        |

abgeschlossen werden. Auch hier ist also eine sprunghafte und besonders im letzten Jahre eine bedeutende Steigerung der Arbeiten eingetreten, namentlich, wenn man bedenkt, daß für jeden Vertrag mehrere Verhandlungen und dementsprechend auch mehrere Berichte erforderlich sind.

Der Abteilungsvorstand wird durch die vielen Verhandlungen mit dem Publikum außerordentlich in Anspruch genommen. Von einem ungestörten Arbeiten des Bauinspektors auf dem Bureau kann kaum die Rede sein und er hat daher auch für die Erledigung größerer Sachen, wie umfangreiche Berichte und Projekte, in erheblichem Maße die dienstfreien Stunden mit zu Hilfe nehmen müssen, um die vorliegenden Arbeiten bewältigen zu können. Auf die Dauer ist es aber nicht möglich, dies durchzuführen.

Bei der großen Menge schriftlicher Arbeiten und bei den vielen Verhandlungen, die eine ständige Anwesenheit des Bauinspektors auf dem Bureau erfordern, ist es kaum möglich, daß er bei den einzelnen Regulierungen stets die fraglichen Urtheile beichtigt. Erschwert wird dies noch dadurch, daß seit dem 1. Oktober d. J. auch das ganze Landgebiet mit in den Bereich der Regulierungsdeputation gezogen ist. Es kommt hinzu, daß bei der schnellen Ausdehnung der Stadt Bremen mehr und mehr die Ausarbeitung größerer Projekte wie Bebauungs- und Verkoppelungspläne durch die Regulierungsdeputation ausgeführt werden müssen, so ist in nächster Zeit z. B. ein größerer Bebauungsplan von Gröpelingen, Oslebshausen und Grambke in Veranlassung der neuen Hafenanlagen auszuarbeiten. Derartige Projekte erfordern aber eine eingehende und sorgfältige Bearbeitung, wie sie bei der geschilderten Geschäftslage kaum möglich ist, es ist daher eine Entlastung des Bauinspektors jedenfalls erforderlich. Der ganzen Vorbildung nach kann ein Vermessungsbeamter eine volle Vertretung und Hilfe für ihn nicht abgeben; das dürfte nur durch eine akademisch gebildete Kraft zu erreichen sein. Aus allen diesen Gründen ist es daher notwendig, eine neue Baumeisterstelle bei der Regulierungsdeputation zu schaffen.

Auch die Vermessungsbeamten und Vermessungsgehilfen haben jetzt erheblich mehr zu tun, als früher. Es lassen sich immer mehr Bauunternehmer die Baulinien örtlich angeben, und, nachdem der Bau bis zur Straßenhöhe gediehen ist, nachprüfen, während dies in früheren Jahren viel seltener der Fall war. Die schärferen Bestimmungen der neuen Bauordnung werden eine weitere Steigerung dieser Arbeiten zur Folge haben. Außer diesen fortwährend zunehmenden Vermessungsarbeiten

haben die Vermessungsbeamten auch die Berichte für die Bauakten zu verfassen. Da jetzt auch die sämtlichen Bauanträge des Landgebietes im Bureau der Regulierungsdeputation bearbeitet werden müssen — nach bei der Deich- und Wegbauinspektion eingezogenen Erkundigungen kommen zurzeit etwa 500 Bauanträge im Jahre in Betracht — so ist es ausgeschlossen, diese Mehrarbeit von den vorhandenen Beamten erledigen zu lassen, da sie auch deshalb als ziemlich beträchtlich anzusehen ist, weil die weiteren Wege, die dabei zu machen sind, sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Es ist daher zunächst ein Vermessungsbeamter neu anzustellen. Ob damit dem Bedürfnisse vollständig genügt wird, kann abgewartet werden. Bei dem großen Umfange des Gebietes, auf dem die Arbeiten sich abspielen, ist es nicht ausgeschlossen, daß später noch ein weiterer Vermessungsbeamter oder Gehülfe anzustellen sein wird.

Auch in der Plankammer reicht das angestellte Personal zur Bewältigung der immer umfangreicher werdenden zeichnerischen Arbeiten nicht aus. Für die Beschaffung eines brauchbaren Planmaterials ist ein dritter Zeichner anzustellen. Durch die Ausdehnung der Arbeiten der Deputation auf das Landgebiet ist ein brauchbares Planmaterial vom ganzen Landgebiet durchaus erforderlich, von dem bislang nur sehr wenig vorhanden war. Ebenso ist dies erforderlich für die Vorstädte, in denen die größte Bautätigkeit herrscht. Es sind einschließlich der Pläne für das Landgebiet ungefähr 800 bis 900 Blätter erforderlich, die neu anzufertigen sind. Zu diesem Zwecke ist mindestens ein Zeichner neu anzustellen.

Wenn so die technischen Arbeiten erheblich zugenommen haben, gilt das erst recht von der Kanzlei. Nach den an der Kanzlei geführten Journalen wird die Zahl der Ein- und Ausgänge in diesem Jahre auf weit über 9000 anwachsen. Das Kanzleipersonal ist auch durch den am Bureau herrschenden regen Verkehr des Publikums sehr in Anspruch genommen. Wenn es sich gewöhnlich auch nur um einfache Nachfragen handelt, so entstehen dadurch doch fortwährend Störungen bei den Arbeiten. Bei dem bedeutenden Anwachsen der Geschäfte ist deshalb die Vermehrung des Personals nicht länger zu umgehen, wenn nicht eine unliebsame Stockung in der Erledigung der Arbeiten eintreten soll, da, trotzdem täglich weit über die regelmäßige Bureauzeit gearbeitet wird, immer noch manche Arbeiten, die zur besseren Übersicht des Geschäftsganges nützlich sein würden, zurückgestellt werden müßten. Es ist durchaus erforderlich, daß zur Erledigung der wichtigeren Arbeiten neben dem Kanzlisten ein ruhegehaltsberechtigter Kanzleigehülfe angestellt wird, der im Stande ist, zeitweilig seine Vertretung zu übernehmen, und außerdem noch ein geübter Schreiber.

Der Oberbaudirektor hält die beantragte Vermehrung der Stellen für begründet; insbesondere empfiehlt er, die Stelle eines Baumeisters als Vertreter des Bauinspektors zu schaffen und diese mit einer akademisch vorgebildeten im Städtebau erfahrenen Kraft zu besetzen.

Zusammenfassend sind daher in das nächstjährige Budget neu eingestellt:

- 1) die ruhegehaltsberechtignte Stelle eines Baumeisters,
- 2) die ruhegehaltsberechtignte Stelle eines Vermessungsbeamten,
- 3) die ruhegehaltsberechtignte Stelle eines Kanzleigehülfen,
- 4) die jahrgeldsberechtignte Stelle eines Zeichners,
- 5) die jahrgeldsberechtignte Stelle eines Schreibers.

Für Regulierung von Baulinien auf Grund der Bauordnung sind gegen das Vorjahr 20 000 M. mehr, demnach 60 000 M. eingestellt, da der Betrag von 40 000 M. bei weitem nicht mehr ausreicht, nachdem der Regulierungsdeputation die Regulierung der Heerstraßen mit überwiesen worden ist. Die der Deputation im laufenden Rechnungsjahre bewilligten 40 000 M. reichen nicht aus, da auch für das laufende Jahr eine Nachbewilligung jedenfalls erforderlich werden wird.

Für Bureauausgaben Position II 4 sind 5000 M. anstatt 4000 M. im Vorjahre eingestellt, weil durch die erforderliche Anstellung neuer Beamten eine Reihe von Bureauaterialien angeschafft werden müssen.

Für Bureauumiete ist ein größerer Betrag in das Budget eingestellt worden, weil die jetzigen Räume selbst für das vorhandene Personal nicht mehr ausreichen. Für die neu anzustellenden Beamten müssen daher unbedingt weitere Räume beschafft werden; für Bureauumiete sind deshalb 2000 M. mehr eingestellt.

Die Deputation für Regulierung der Baulinien.

(gez.) **Wessels.** (gez.) **H. G. Schütte.**

Anlage 9.

#### Budgetbericht der Baudeputation, Abteilung Wegbau.

In den Anlagen beehrt sich die unterzeichnete Deputation zu überreichen das Budget des Wegbaus für das Rechnungsjahr 1907, das Budget der Blocklander Entwässerungsanstalt für 1907 und das Budget des Torfkanals, des Waller und des Gröpelinger Fleets für 1907 mit den entsprechenden Begleitberichten der Deich- und Wegbauinspektion.

Bremen, den 5. Dezember 1906.

Die Baudeputation, Abteilung Wegbau.

(gez.) **Buff.** (gez.) **Uchelis.**

Unteranlage.

#### Berichte der Deich- und Wegbauinspektion.

##### A. Wegbau.

In der Anlage überreiche ich die Entwürfe des Wegbaubudgets für das Rechnungsjahr 1907 mit folgendem Bericht:

##### Ordentliche Einnahmen.

Die diesjährigen Beträge sind unverändert wieder eingestellt.

##### Ordentliche Ausgaben.

##### I. Gehalte.

In den letzten Jahren hat die Zahl der von der Wegbauinspektion zu bearbeiten Bau Sachen derart zugenommen, daß die jetzigen Hilfskräfte zu ihrer rechtzeitigen Erledigung nicht mehr ausreichen. Die Anzahl der eingegangenen Bauanträge betrug 399 im Jahre 1904, 439 im Jahre 1905, und in diesem Jahre sind bis Ende Oktober bereits 435 Anträge eingelaufen. Mit der Zahl der Bauanträge ist natürlich auch die der vorzunehmenden Baurevisionen gewachsen, von denen z. B. eine größere Menge noch unerledigt ist. Außer der im vorigen Jahre bewilligten ist daher eine weitere Hilfskraft erforderlich, und zwar empfiehlt es sich, um Personenwechsel möglichst zu verhüten, die Anstellung eines ruhegehaltsberechtigten Bauaufsehers.

##### II. Sachliche Ausgaben.

##### 1) Unterhaltung der Heerstraßen, Brücken usw.

Außer der gewöhnlichen Unterhaltung des Pflasters, der Brücken, Fußwege, Baumpflanzungen, Kanäle, Gräben usw. sind folgende außergewöhnliche Arbeiten zur Unterhaltung der Heerstraßen erforderlich.

##### Hastedter Heerstraße.

Es ist in Aussicht genommen, die letzte noch mit rauhen Steinen gepflasterte Strecke im nächsten Jahre von km 9,7 bis 10,37 mit einer Steinschlagbahn und von km 10,37 bis 10,5 mit Kleinpflaster zu versehen, und dafür die Summe von 8000 M. eingestellt.

## Warturmer Heerstraße.

Im nächsten Jahr empfiehlt sich die Herstellung von Kleinpflaster auf der Strecke von dem Grollander Wege bis zum Bahnhof Huchting, km 4,5 bis 5,52, nachdem in diesem und dem vorigen Jahre die anschließenden Strecken von der Stadtgrenze ab und bis zur Abzweigung der Kirchhuchtinger Landstraße neu gepflastert worden sind. Die Kosten sind auf 29 000 M. veranschlagt.

## Schwachhauser Heerstraße.

Das Pflaster bedarf von km 5,8 bis 5,835 und von km 6,59 bis 6,76 der Umlegung.

Die Steinschlagbahn von km 7,39 bis 7,65 ist so abgenutzt, daß sie zweckmäßig mit Kleinpflaster zu belegen sein wird.

Für diese Pflasterungen sind 4500 und 5000 M. eingestellt.

Unter Sonstiges sind 600 M. für die Verlängerung des Heerstraßenkanals in Lehe bis zum Spülschacht an der Abzweigung der Straße „Am Brahmkamp“ vorgesehen, um eine bessere Spülung des Kanals zu ermöglichen.

## Borgfelder Heerstraße.

Auf der Bummelbrücke ist das Pflaster zu erneuern. Umlegungen sind auf folgenden Strecken erforderlich:

Von km 10,72 bis 10,86, km 10,58 bis 10,67 und km 10,37 bis 10,48.

Für die Neupflasterung sind 1600 M. und für die Umlegungen 2600 M. angelegt.

## 2) Allgemeine Verwaltung.

Außer den auf 175 M. veranschlagten, in dem eingestellten Betrage von 955 M. enthaltenen Kosten eines neuen Fahrrades für den Bauaufseher Apfeld sind außergewöhnliche Ausgaben nicht vorzusehen.

## 3) Dienstkleidung.

Zu beschaffen sind für die Bauaufseher 3 und für die Wegaufseher 2 Mützen und dafür einzustellen 25 M.

## 4) Unterhaltung des Grenzgrabens zwischen Borgfeld und Heidberg/Seebergen.

Da im Jahre 1907 eine Schäumung des Grabens nicht stattfindet, werden für etwa erforderliche kleinere Unterhaltungsarbeiten 100 M. genügen.

## Außerordentliche Ausgaben.

Verbreiterung des Pflasters auf der Bürger Heerstraße zwischen Grambke und Burg, km 10,52 bis 11,69.

Die in Ausführung begriffene Verbreiterung des Straßenkörpers der Bürger Heerstraße zwischen Grambke und Burg wird in diesem Jahre vollendet und damit die Möglichkeit gegeben sein, den Fußweg hinter der Baumreihe anzulegen und einen Teil des vorhandenen Fußweges zur Verbreiterung der Pflasterbahn zu benutzen.

Der Bordstein an der Fußwegseite hat jetzt nur 3,20 m Abstand von der Mitte des Straßenbahngleises. Auf der anderen Straßenseite liegt der fast durchweg ungepflasterte Nebenweg, beladene Wagen sind daher gezwungen, nach der Fußwegseite hin den Straßenbahnwagen auszuweichen. Bei der geringen Breite zwischen Bordstein und Gleis können aber Möbelwagen und breit beladene Stroh- und Heuwagen hier nur mit Anwendung äußerster Vorsicht an den Straßenbahnwagen vorbeikommen.

Es empfiehlt sich daher, von dem Fußwege einen Streifen von 0,70 m Breite zu der Pflasterbahn hinzuzuziehen. Dieses Maß ist gewählt, damit die Pflasterbahn bei eintretendem Bedürfnis an der Nebenwegseite noch auf 7,50 m, d. i. die

Breite wie sie auch auf der Strecke in Gröpelingen vorhanden ist, verbreitert werden kann. Der alte Fußweg vor der Baumreihe behält nach Abnahme der 0,70 m eine Breite von 1,20 m, der neue hinter der Baumreihe wird 3,40 m breit.

Die Kosten der Verbreiterung einschließlich der erforderlichen Beschaffung neuer Bordsteine sind auf 19 000 M. veranschlagt.

Nichts zu erinnern.

(gez.) **F. v. Gebhardt.**

15./11. 06.

Der Oberbandirektor

*S. B.*

(gez.) **Graepel.**

### B. Torfkanal, Waller und Gröpelinger Fleet.

Zu den anliegenden Budgetentwürfen habe ich folgendes zu berichten:

#### Ordentliche Einnahmen.

Wegen Rückganges der Pachterträge aus der Fischerei im Torfkanal und der Schiffsabgabe für das Waller Fleet sind statt der bisherigen 440 M. nur 380 M. in Ansatz gebracht.

#### Ordentliche Ausgaben.

##### I. Torfkanal.

In dem unter 1) Unterhaltung, eingestellten Betrage von 1500 M. sind außer den wie bisher auf 950 M. veranschlagten Kosten für die gewöhnliche Unterhaltung 550 M. für die erforderliche Erneuerung eines Teiles des Bollwerks am Kanal enthalten.

##### II. Waller Fleet.

Für die gewöhnliche Unterhaltung der vom Staate zu unterhaltenden Fleetstrecken sind 100 M., und für Reparatur und teilweise Erneuerung des Bollwerks 2000 M. vorgesehen.

##### III. Gröpelinger Fleet.

Außer den auf 200 M. veranschlagten Kosten für die gewöhnliche Unterhaltung sind 150 M. für Ablagerung des in diesem Jahre ausgebagerten Bodens auf den anliegenden Ländereien eingestellt.

Bremen, den 12. November 1906.

Nichts zu erinnern.

(gez.) **F. v. Gebhardt.**

16./11. 06.

Der Oberbandirektor

*S. B.*

(gez.) **Graepel.**

### C. Blocklander Entwässerung.

Zu beifolgenden Budgetentwürfen ist das Nachstehende zu berichten:

#### Ordentliche Einnahmen.

Die vertragmäßige Leistung des Blocklander Abwässerungsverbandes beträgt 15 552 M. Von dieser Summe sind gemäß 1 a des Vertrages abgesetzt die im Betriebsjahre 1905 (vom 1. November 1904 bis 31. Oktober 1905) entstandenen Minderausgaben an Betriebskosten gegenüber dem festgesetzten Betrage von 20 000 M.

Die Betriebskosten haben in dem angegebenen Jahre 12 701,40 M. betragen. Mithin hat der Verband am 1. November des nächsten Jahres zu zahlen:

$$15\,552 - (20\,000 - 12\,701,40) = 15\,552 - 7298,60 = 8253,40 \text{ M.}$$

## Ordentliche Ausgaben.

## Sachliche Ausgaben.

Im nächsten Jahre ist eine innere und äußere Revision der Kessel durch die Gewerbeinspektion vorzunehmen. Mit Rücksicht auf das Alter der Kessel ist damit zu rechnen, daß bei dieser Gelegenheit eine größere Reparatur der Kessel, namentlich eine Erneuerung von Platten, erforderlich werden könnte. Vor stattgehabter Revision lassen sich die für Reparaturen aufzuwendenden Kosten nicht feststellen, es ist jedoch anzunehmen, daß sie den Betrag von 7000 M. nicht überschreiten werden. Dazu kommen die Kosten für das Reinigen der Kessel und für das Entfernen und Wiederherstellen der Einmauerung mit 1000 M., so daß unter 3) außer der wie im Vorjahre 1200 M. veranschlagten gewöhnlichen Unterhaltung 8000 M., im ganzen also 9200 M., vorzusehen sind.

Im übrigen kommen keine Änderungen vor.

Bremen, den 12. November 1906.

(gez.) **J. v. Gebhardt.**

Nichts zu erinnern.

15./11. 06.

Der Oberbaudirektor

J. B.

(gez.) **Graepel.**

## Bericht der Baudeputation, Abteilung Wasserbau, zum Budget für 1907.

Anlage 10.

Der Finanzdeputation übersendet die Baudeputation, Abteilung Wasserbau, das von ihr für 1907 aufgestellte Budget in doppelter Ausfertigung, wobei sie sich zur Begründung der eingestellten Beträge auf die von der Baudeputation genehmigten Begleitberichte der Wasserbauinspektion bezieht.

Bremen, den 11. Dezember 1906.

Die Baudeputation, Abteilung Wasserbau.

(gez.) **Wessels.** (gez.) **Grimmenstein.**

Begleitbericht I der Wasserbauinspektion zu den Budgets der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben für 1907 mit einem Verzeichnis der jahrgeldberechtigten Angestellten. Unteranlage 1.

## Ordentliche Ausgaben.

## I. Gehalte.

Die Gehalte der Beamten und der jahrgeldberechtigten Angestellten sind mit Berücksichtigung der fällig werdenden Alterszulagen eingestellt.

## II. Sachliche Ausgaben.

## Pos. 1 c. Unterhaltung der Bagger, Dampfer und Elevatoren.

Zu dem Betrage von 55 000 M. für die gewöhnliche Unterhaltung kommen für das erforderlich werdende Docken des Baggers Nr. 5 = 450 M., der Elevatoren Nr. 1 und 2 je 250 M. und der Elevatoren Nr. 3 und 4 je 280 M., zusammen = 1510 M., wonach Position 1 c sich auf 56 510 M. stellt.

## Pos. 4. Aufeisen.

Zu dem gewöhnlichen Betrage von 20 000 *M.* kommen 1200 *M.* für das Docken der drei Eisbrechdampfer und 1200 *M.* für die erforderlich werdende innere Revision der Dampfkessel der drei Eisbrechdampfer. Die Position 4 stellt sich danach auf  $(20\,000 + 1200 + 1200) = 22\,400$  *M.*

Die Gesamtsumme des Ausgabebudgets beträgt 606 350 *M.* gegen 611 440 *M.* im Vorjahre.

Bremen, den 13. November 1906.

Der Bauinspektor.

(gez.) **Sinzig.**

Nichts zu erinnern.

15./11. 06.

Der Oberbaudirektor.

J. S.

(gez.) **Gracpel.**

Unteranlage 2.

**Begleitbericht II der Wasserbauinspektion zum Budget der  
außerordentlichen Ausgaben für 1907.**

Der selbstschreibende Pegel an der großen Weserbrücke kann Wasserstände nur bis 3,38 m unter Null anzeigen. Da in den letzten Jahren Wasserstände bis 3 m unter Null bereits mehrfach vorgekommen, für die Zukunft aber bei weiterer Vertiefung der Unterweser wesentlich tiefere Niedrigwasserstände zu gewärtigen sind, so muß mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieses Hauptpegels frühzeitig für die Möglichkeit des Anzeigens der tiefsten zu erwartenden Wasserstände gesorgt werden.

Die Kosten der erforderlichen Tieferführung des Pegelschachtes und der Rohrzuleitung sind nicht unbedeutend. Die im Jahre 1900 vorgenommene Vertiefung von 2,80 auf 3,38 m unter Null hat 3120 *M.* gekostet. Eine Vertiefung von 3,38 auf 5,00 m unter Null, die voraussichtlich für die denkbar tiefsten späteren Niedrigwasserstände genügt, wird mit Rücksicht auf die mit der Tiefe zunehmenden Schwierigkeiten der Bauausführung bei der dreifachen Bautiefe mindestens das Dreifache, also 9360 *M.* kosten.

Der Umstand, daß die Altstadtseite der Weser bei der großen Weserbrücke am ausbuchtenden Ufer liegt und deshalb stark versandet, läßt es zweckmäßig erscheinen, zur Vermeidung von Störungen in der Aufzeichnung der Wasserstände den Pegel auf die Neustadtseite zu verlegen, wo die Wassertiefe ohne Baggerungen sich dauernd erhält. Die Kosten für die Herstellung eines Schwimmerschachtes auf der Neustadtseite, Herstellung einer neuen Rohrleitung daselbst und Versehen des Pegelhauses und der Pegeluhr (s. anliegende Zeichnung) einschließlich Herrichtung eines provisorischen Pegels stellen sich gemäß einer überschläglichen Berechnung auf 9500 *M.* Der Unterschied von 140 *M.* gegenüber den Kosten für die Tieferlegung des Schachtes an der jetzigen Stelle ist so geringfügig, daß seinetwegen wohl nicht auf den Vorteil der zweckmäßigeren Lage auf dem linken Weserufer zu verzichten sein wird.

Bei Gelegenheit des Umbaus empfiehlt es sich, eine bereits in mehreren Hafenstädten eingeführte Neuerung zwecks Ermöglichung besserer Ablesung der Wasserstände am Pegel anzubringen: Ersatz des Zifferblattes durch ein Rollband, welches die den Wasserstand angegebenden Zahlen in einer selbst von den vorbeifahrenden Schiffen abzulesenden Größe zeigt — siehe anliegenden Sonderdruck aus dem Centralblatt der Bauverwaltung 1897 —. Es würden zwei Rollbänder anzubringen sein, eins auf der Wasserseite des Pegelhauses für die Führer der vorbeifahrenden Schiffe, eins auf der der Brücke zugekehrten Seite mit entsprechend kleineren Ziffern für das die Brücke passierende Publikum.

Die Kosten für die Einrichtung zweier Rollbandpegel betragen gemäß einer Mitteilung des Feinmechanikers Fueß-Steglich, der die patentierte Einrichtung allein ausführt, etwa 2600 M., wozu noch für bauliche Veränderungen am Mauerwerk nebst Einrichtung zweier Fenster etwa 200 M. hinzukommen, zusammen also 2800 M.

Im ganzen handelt es sich sonach um einen Betrag von . . . . . M. 9 500  
für das Versetzen des Pegels vom rechten auf das linke Ufer,  
und für die Einrichtung von zwei Rollbandpegeln . . . . . " 2 800  
zusammen . . . M. 12 300

dessen Bewilligung ich hiermit ergebenst beantrage.

Bremen, den 15. November 1906.

Der Bauinspektor.

(gez.) **Sinzig.**

Einverstanden,

den 16./11. 06.

Der Oberbandirektor.

(gez.) **Büding.**

## Budgetbericht der Deputation für Häfen und Eisenbahnen für das Rechnungsjahr 1907.

Anlage 11.

### Häfen und Eisenbahnen, Allgemeine Verwaltung. Zollangelegenheiten.

I. Gehalte. Die Gehalte der Beamten sind gemäß den Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft vom 3./11. Juli 1906 (Verhdlg. S. 742 u. 761), betreffend Änderungen in den Personalverhältnissen des Bureau für Häfen und Eisenbahnen, eingestellt worden.

Das stetige Anwachsen der Geschäfte des Bureau macht die weitere Anstellung eines jüngeren Schreibers erforderlich, der besonders zu den zahlreichen Botengängen heranzuziehen sein wird. Es ist hierfür ein Betrag von 400 M. vorgesehen.

An Stelle eines gemäß den vorerwähnten Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft zur Ausbildung im Zollabfertigungsdienst abgegebenen Schreibers wird am Bureau der Senatskommission für Zollangelegenheiten ein Beamter der Zollverwaltung kommissarisch beschäftigt. Der von Bremen an das Reich zu vergütende Unterschied zwischen dem Schreibergehalt und dem anrechnungsfähigen Gehalt des Zollbeamten ist mit rund 510 M. eingesetzt.

II. Sachliche Ausgaben. Die unter I beantragte Anstellung eines weiteren Schreibers macht die Beschaffung einiger Inventarstücke erforderlich. Es ist daher der gleiche Betrag wie im Vorjahre veranschlagt.

### Häfen und Eisenbahnen in der Stadt,

ausschließlich des Zollausschlußgebietes und des Holz- und Fabrikenhafens.

Einnahmen. Pof. 3 b. Der im laufenden Jahre eingestellte Betrag von 40 000 M. ist beibehalten. In der Zeit vom 1. August 1905 bis 31. Juli 1906 sind an Hafenbahnfracht 51 438 M. eingenommen worden; einerseits ist von dieser Summe abzusehen der Ausfall des Kohlen- und Freiladeverkehrs auf den ehemaligen linksseitigen Lagerplätzen vom Bahnhof Bremen-Neustadt mit 14 000 M., andererseits sind zuzusehen für Steigerung des Verkehrs durch Neuvermietung mehrerer Lagerplätze 2500 M., so daß eine Einnahme von 51 438 — 14 000 = rund 37 438 M. in Ansatz zu bringen ist.

Pos. 9 a. Da im laufenden Rechnungsjahr weitere Lagerplätze vermietet sind, konnten 1800 M. mehr eingestellt werden.

Pos. 10. Infolge des gesteigerten Verkehrs am Weserbahnhof ist der Anschlag um 20 000 M. gegenüber dem vorjährigen Anschläge erhöht worden.

#### Ausgaben. B. Eisenbahnanlagen in der Stadt.

I. Weserbahn und Weserbahnhof. Pos. 2. Die Königlich Preussische Eisenbahnverwaltung, die neben dem Betriebe auch die Unterhaltung der Gleise auf dem Weserbahnhof zu besorgen hat, veranschlagt die Kosten zu 16 500 M.

Pos. 3. Zu dem Ausgabebetrag von 5200 M. für gewöhnliche Unterhaltung kommen 250 M. für die notwendige Einrichtung von Trink- und Waschwasseranlagen im Dienstbureau der preussischen Güterabfertigung auf dem Weserbahnhof.

II. Anlagen und Lagerplätze am Bahnhof Bremen-Neustadt und auf dem Dreieck. Pos. 2 a. Infolge des Wegfalls der Ladestraßen auf den aufgehobenen sogenannten linksseitigen Lagerplätzen und auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre sind für Unterhaltung der Wege und Schneeabfuhr statt früherer 3000 M. nur 1000 M. als erforderlich eingesetzt worden. Neu hinzu kommen 4000 M. für die Erneuerung des sehr schadhafte Buntsandsteinpflasters (rund 2000 qm) vom Gleisübergang beim Hafenhaus bis zum Ende des Schuppens Nr. 4 am Hohentorshafen mit vorhandenen, den linksseitigen Lagerplätzen entnommenen Granitsteinen.

Pos. 2 b. Da bremischerseits zu bedienende Telegraphen und Schranken nicht mehr vorhanden sind, sind die Bezeichnungen „Telegraphen, Schranken“ in der Überschrift weggelassen. Durch die Aufhebung der linksseitigen Lagerplätze sind 500 M. für die gewöhnliche Unterhaltung der Gleise weniger erforderlich. Als Ersatz abgängiger Mittel- und Weichenschwellen sind 400 m eichene Schwellen zu beschaffen, wofür die Kosten mit 1200 M. eingestellt sind.

Pos. 2 c. Infolge Eröffnung des oldenburgischen Güterbahnhofes Bremen-Neustadt sind für Rangieren auf Bahnhof Bremen-Neustadt und den Lagerplätzen daselbst gegen das laufende Jahr 4500 M. weniger erforderlich. Für Bedienung der Gleiswage nebst Umrangieren sind 400 M. weniger eingesetzt, weil laut den Erhebungslisten über Wiegegebühren pp. das Verwiegen sämtlicher Bahnsendungen zumeist auf den Woltmershauser Lagerplätzen stattfindet. Die Brücke über den Hafentopf am Hohentorshafen bedarf größerer Reparaturen, insbesondere der Erneuerung von 20 Brückenbalken, weshalb 500 M. mehr eingestellt sind. Neu eingestellt sind für Umänderung von Abortanlagen in Spülklosetts mit Kanalananschluß 2300 M. und für die Anlage von Spülklosettkanälen auf dem Dreieck 14 500 M. Nach der Bekanntmachung der Polizeidirektion vom 14. Mai 1903 sind im Bezirk XXII, zu dem das Woltmershauser Dreieck gehört, die Gebäude bis zum 15. Februar 1907 mit Spülaborten im Anschluß an den Straßenkanal zu versehen. Die Polizeidirektion hat sich mit der Verlängerung des Termins bis zum 31. Dezember 1907 einverstanden erklärt. Im ganzen sind 17 Tonnen- und 14 Grubenaborte vorhanden, von denen 3 öffentliche Grubenaborte und 2 Tonnenaborte der Deputation für Häfen und Eisenbahnen unterstellt sind. Die Herstellung der Spülklosettkanäle ist erforderlich, weil die auf dem Dreieck vorhandenen Kanäle, da sie nach der Weser abfließen, für die Aufnahme von Klosettäbfällen nicht benutzt werden dürfen.

III. Anlagen und Lagerplätze an der Südwestseite des Hohentorshafens. Pos. c. Der an Oldenburg für Rangieren zu zahlende Betrag konnte von 12 350 M. auf 11 000 M. ermäßigt werden. Der Posten für Bedienung der Gleiswage und Umrangieren ist von 350 M. auf 800 M. erhöht worden, da nach den gemachten Erfahrungen fast sämtliche Bahnsendungen hier verworfen werden.

#### C. Häfen.

II. Ausgaben des Hafenmeisters. Gegen das Vorjahr sind 1400 M. mehr eingestellt für die notwendige Beschaffung von 200 m Ketten für Fahrwassertonnen.

VI. Lösch- und Lagerplätze am Peterswerder und am Werderdamm. Zu der Unterhaltung der Plätze am Peterswerder kommt die Unterhaltung des Löschplatzes am Werderdamm mit 100 M. hinzu. Außerdem sind 1000 M. eingestellt für die Ausbesserung des Packwerkes am Ufer des Peterswerder-Löschplatzes.

#### D. Betrieb am Weserbahnhof.

I. Gehalte. Die im letzten Jahre in erheblichem Umfange eingetretene Verkehrszunahme und die damit verbundenen vermehrten Bureauarbeiten haben zur Folge gehabt, daß der älteste Schreiber zur Erledigung der bislang von dem Buchhalter und dem Kanzleigehülfen wahrgenommenen Arbeiten, wie Berechnung und Verbuchung der Gebühren, Ausfertigung der monatlichen Rechnungen, Hülfe beim Einziehen der Hafenbahnfracht usw. hat herangezogen werden müssen. Dieser Zustand ist auf die Dauer nicht erwünscht; es erscheint vielmehr wegen der Wichtigkeit und Verantwortlichkeit der gedachten Arbeiten notwendig, die Stelle des ersten Schreibers in eine Kanzleigehülfenstelle mit einem Gehalte von 1600—2400 M. umzuwandeln, was von der Deputation hiermit beantragt wird. Nach Genehmigung der Stelle soll dieselbe dem ältesten Schreiber übertragen werden. Durch diese Änderung ermäßigt sich die Position „Schreiber“ um 1700 M.

II. Arbeitslohn. Die Zahl der Vorarbeiter ist von 4 auf 7 erhöht worden, da durch Mehreinstellung von Flohddampfern, insbesondere für die Fahrten nach Ostasien und Australien sich der Güterverkehr auf dem Weserbahnhof in erheblichem Umfange vermehrt hat, so daß die vorhandenen Ober- und Vorarbeiter zur Abwicklung der Dienstgeschäfte nicht ausreichen.

Sodann ist zu bemerken, daß von der Deputation im laufenden Rechnungsjahre Lohnerhöhungen für die Arbeiter, Vor- und Oberarbeiter beschlossen wurden, die mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft getreten sind.

Hierdurch sowie durch die wegen des stetig zunehmenden Verkehrs erforderlich gewordenen Mehraufwendungen für Tagelöhne und Überstunden mußte der Anschlag für diese Position entsprechend erhöht werden.

#### E. Betrieb der Lösch- und Ladeanstalten an der Holzpforte und Tiefer.

II. Arbeitslohn. Gleichzeitig mit der vorstehend erwähnten Lohnerhöhung für die Arbeiter des Weserbahnhofs hat die Deputation eine vom 1. Oktober d. J. ab in Kraft getretene Erhöhung der Löhne für den Vorarbeiter und die Arbeiter beim Betriebe der Lösch- und Ladeanstalten an der Holzpforte und Tiefer beschlossen. Infolgedessen mußten an Arbeitslöhnen 400 M. mehr eingestellt werden.

#### Zollauschlußgebiet und Holz- und Fabrikenhafen.

Einnahmen. I. Erstattungen von der Lagerhausgesellschaft.

Pos. 2. Nach dem mit der Lagerhausgesellschaft abgeschlossenen, am 1. Oktober d. J. in Kraft getretenen neuen Betriebsüberlassungsvertrage hat der Staat die Zahlung der Ruhegehälter und Jahrgelder der im Eisenbahnrangierbetrieb des Zollauschlußgebiets beschäftigten Staatsbeamten und jahrgeldsberechtigten Angestellten übernommen; auf die Betriebskosten der Lagerhausgesellschaft kommen dafür alljährlich 15 Prozent des Gehalts der Beamten und 10 Prozent des Gehalts der jahrgeldsberechtigten Angestellten in Anrechnung. Der hiernach von der Lagerhausgesellschaft für das Rechnungsjahr 1907 zur Zahlung gelangende Betrag ist mit rund 20 000 M. veranschlagt. Zur Zeit betragen die tatsächlich zur Auszahlung gelangenden Ruhegehälter und Jahrgelder etwa 5000 M. Für das kommende Rechnungsjahr stellt sich mithin die Mehrzahlung der Lagerhausgesellschaft auf rund 15 000 M.

## II. Betriebseinnahmen.

Poj. 1. Infolge des durch die Eröffnung des Hafens II erweiterten Betriebes der Lagerhausgesellschaft ist zunächst mit einer außergewöhnlichen Erhöhung der Betriebsausgaben zu rechnen, weshalb der Anteil des Staates aus dem Betriebe nur auf 650 000 M., gegenüber 680 000 M. im laufenden Jahre, veranschlagt werden konnte, obwohl andererseits im kommenden Jahre mit einer erhöhten Güterbewegung von rund 150 000 Tons und dadurch mit einer Mehreinnahme von 75 000 M. zu rechnen sein wird. Der Hauptgrund für diese Herabsetzung des Anschlages liegt darin, daß nach dem mit der Lagerhausgesellschaft abgeschlossenen neuen Betriebsüberlassungsvertrage infolge der veränderten Berechnung der Erneuerungs-Rücklagen ein Mehr von 70 000 M. (wovon auf den Hafen I 40 800 M., auf die Erweiterung desselben 1200 M. und auf den Hafen II 28 000 M. entfallen), sowie durch den von der Gesellschaft zu leistenden, vorstehend unter I. 2 erwähnten Beitrag für Ruhegehälter und Jahrgelder ein Mehr von 15 000 M. von dem tatsächlichen Betriebsüberschuß in Abzug gebracht ist. Ferner sind zu berücksichtigen die inzwischen eingetretene Lohnsteigerung, die außergewöhnliche Vermehrung des Betriebs- und Aufsichtspersonals sowie die Erhöhung der Kosten des Hafenbahnbetriebes, die insgesamt etwa 20 000 M. an Mehrkosten verursachen werden.

In finanzieller Hinsicht hat der Ausfall aus dem Betriebsüberschuß keine erhebliche Bedeutung, da sowohl die Erneuerungs-rücklagen als auch der Mehrertrag aus der von der Lagerhausgesellschaft zu leistenden prozentualen Vergütung für die Ruhegehälter und Jahrgelder der Betriebs-Beamten gleichfalls dem Staate zugeführt werden, so daß die Einnahme des letzteren aus dem Betriebe der Lagerhausgesellschaft für 1907 in Wirklichkeit noch einen Mehrertrag von 75 000—20 000—55 000 M. ergeben wird.

Poj. 3 konnte um 5000 M. höher eingesetzt werden.

Poj. 10. Nach den Einnahmen des laufenden Jahres sowie in Rücksicht auf die zu erwartende Vermietung von Räumlichkeiten im neuen Verwaltungsgebäude am Hafen II konnte der Anschlag gegen das Vorjahr um 2500 M. erhöht werden.

Poj. 11 b. Die von den Mietern des Verwaltungsgebäudes am Hafen II für elektrische Beleuchtung zurückzuerstattende Summe ist mit 2900 M. eingeschätzt.

Poj. 14 ist neu hinzugefügt für die von der Löschdeputation und vom Tonnen- und Bakenamt mit je einem Drittel zurückzuerstattenden Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung des in Dienst zu stellenden Hafendampfers; es ist dafür eine Summe von 11 615 M. schätzungsweise für  $\frac{1}{2}$  Jahr in den Entwurf eingestellt worden.

## Ausgaben. B. Eisenbahnbetrieb.

Allgemeines. Die Anzahl der im Ein- und Ausgang bewegten Wagenachsen betrug in den letzten zehn Rechnungsjahren

| 1896/97 | 1897/98 | 1898    | 1899    | 1900    |
|---------|---------|---------|---------|---------|
| 208 192 | 240 569 | 254 966 | 269 482 | 274 553 |
| 1901    | 1902    | 1903    | 1904    | 1905    |
| 271 033 | 301 197 | 304 324 | 329 973 | 358 054 |

Der Gesamtverkehr hat mithin eine Zunahme von 28 081 Achsen erfahren gegen 25 649 Achsen im Vorjahre. Der eigentliche Zollausschlußgebiets-Verkehr, der im Rechnungsjahr 1904 194 680 Achsen betrug, stieg im letzten Jahre auf 212 030 Achsen; die Zunahme stellt sich mithin auf 17 350 Achsen. Der Verkehr nach den Anschlüssen hat demgegenüber eine kleine Abnahme erfahren, indem er von 23 610 Achsen in 1904 auf 21 663 Achsen in 1905, mithin um 1947 Achsen zurückgegangen ist. Der Verkehr nach dem Holz- und Fabrikenhafen und dessen Anschlüssen stieg um 16 154 Achsen; er betrug im Jahre 1905 119 899 Achsen gegen 103 745 Achsen in 1904. Nach dem Hafen II verkehrten 4462 Achsen, im Vorjahre 7938 Achsen, mithin 3476 Achsen weniger. Die Abnahme dieses Verkehrs erklärt sich dadurch, daß gegen den Zeitpunkt der Fertigstellung des neuen Hafens die Zufuhr von Baumaterialien geringer wurde.

I. Gehalte und Löhne. Die Zunahme des gesamten Eisenbahnverkehrs und die Inbetriebnahme des Hafens II bedingen eine Erweiterung des Rangierbetriebes. Es sind in dem diesjährigen Budget bereits einige Stellen in Rücksicht auf den zu erwartenden Verkehr am Hafen II unter dem Vorbehalt weiterer Anträge vorgesehen und nunmehr bei der starken Zunahme des Verkehrs noch weitere Ergänzungen vorzunehmen.

Einer der Wagenmeister versieht bereits seit mehreren Jahren die Dienste eines Stationsassistenten. Da es sich jedoch empfiehlt, die letztere Stelle nunmehr zu einer dauernden auszugestalten, ist eine Assistentenstelle mehr in das Budget eingestellt.

Durch die Eröffnung der neuen Hafenanlagen wird die Einstellung einer weiteren Rangiermaschine nötig; es ist deshalb die Anstellung eines weiteren Rangierwagenmeisters erforderlich, weshalb diese Stelle in den Entwurf aufgenommen ist. Ferner genügen die im diesjährigen Budget zunächst in Aussicht genommenen 4 Weichenstellerposten nicht. Diese werden an den Gleisen unmittelbar am Hafen verwendet, während 2 weitere Weichensteller für den Tag- und Nachtposten hinter dem Lokomotivschuppen, der für die Sicherheit der nach dem Hafen II und III fahrenden Züge zu sorgen und den Übergang hinter Speicher IIIa zu bewachen hat, dauernd nötig werden.

Sodann ist in Rücksicht auf den Betrieb am Hafen II die Vermehrung der pensionsberechtigten Lokomotivführer- und Heizerstellen um je eine Stelle notwendig, es ist deshalb in den Entwurf eine Führerstelle und eine Heizerstelle mehr eingestellt worden. Schon in diesem Winter, wo der Verkehr am Hafen II noch gering ist, müssen von den 14 fahrberechtigten Führern und Heizern mindestens 13 Lokomotivführerdienste tun. Sobald dieser Hafen eine besondere Nachtmaschine erforderlich macht, was sicher im nächsten Jahre zu erwarten ist, sind 14 fahrberechtigte Leute nötig. Es wäre aber dann keinerlei Reserve für Krankheitsfälle und unvorhergesehene Anforderungen des Betriebes vorhanden.

Hinsichtlich der Position „Hilfspersonal“ ist es zweckmäßig geworden, eine Änderung des Wortlautes dieser Position vorzunehmen, da die Ausgaben für das in Tagelohn stehende Hilfspersonal, dessen Zahl nicht von vornherein feststeht, sich nicht genau angeben lassen. Die bisherige Fassung führt zu der falschen Auffassung, als ob es sich bei dem Hilfspersonal um eine ganz bestimmte Anzahl von Personen mit feststehendem Jahresgehalt handelte, während dies doch nur bei dem jahrgeldsberechtigten Hilfspersonal und dem Bahnmeisteraspiranten zutrifft. Es sind deshalb die feststehenden Gehaltssummen der Beamten dieser Position besonders vorgegeben und der übrige, im einzelnen nicht feststehende Teil in eine Summe zusammengefaßt.

Hierzu ist nachstehendes zu bemerken:

Für die Besetzung der eingestellten weiteren Rangiermaschine am Hafen II ist die Anzahl der Rangierer und Koppler um je einen Beamten zu erhöhen; es sind deshalb statt der bisherigen 7 Rangierer 8, und statt der bisherigen 10 Koppler 11 eingesetzt. Da eine der bisherigen beiden Plombiererstellen durch den Tod ihres bisherigen Inhabers erledigt ist und diese Geschäfte jetzt von einem Arbeiter besorgt werden, so ist in den Entwurf statt 2 nur 1 Plombierer eingestellt.

Von den Hilfsheizern sind nur zwei jahrgeldsberechtigt, diese sind in dem Entwurf besonders aufgeführt, die übrigen fallen unter das in Tagelohn stehende Hilfspersonal.

Die für das Hilfspersonal, Dienstkleidung, Funktionszulage, ärztliches Honorar und Verschiedenes im laufenden Rechnungsjahr verfügbare Summe beträgt nach Abzug der Summe für die jahrgeldsberechtigten Angestellten im ganzen 53 392 M. Mit dieser Summe ist im nächsten Jahre nicht mehr auszukommen, vielmehr werden die nachstehend näher begründeten Ausgaben hinzukommen:

Die, wie bereits oben erwähnt, freigewordene Plombiererstelle ist nicht wieder besetzt; dafür ist ein Arbeiter in Tagelohn eingetreten. Außerdem ist wegen des gesteigerten Verkehrs ein weiterer Arbeiter mit 3,50 M. Tagelohn, d. i. ca. 1155 M., jährlich eingestellt.

Die Einstellung der weiteren Rangiermaschine am Hafen II erfordert zur Besetzung außer den oben bereits angeführten 1 Rangiermeister, 1 Rangierer und 1 Koppler noch einen Ablöser, für den die Summe von 1369 M. einzustellen ist.

Für Hilfspersonal im Lokomotivdienst (Hilfsheizer und Hilfsputzer) ist mit Rücksicht auf die Erhöhung des Tagelohnes und die von der berichtenden Deputation im Juli d. J. beschlossene Neuregelung des Dienstes der Lokomotivheizer eine Summe von 3900 M. mehr einzustellen.

Ferner ist für den beantragten neuen Führer und Heizer die Funktionszulage mit im ganzen 500 M. vorgesehen. Für Vermehrung der Ausgaben für Dienstkleidung ist ein Betrag hinzugefügt von 500 M.

Der Lohn für die Wagennotierer, der jetzt mit 1040 M. pro Jahr angegeben ist, ist um 104 M. pro Mann zu erhöhen, da diese Leute im Nachtdienst auf der Station mit zum Telegraphieren herangezogen werden und es sich gezeigt hat, daß für den bisherigen Lohn von 22 M. pro Woche die Leute nicht zu halten sind. Für die 4 Wagennotierer sind deshalb 416 M. mehr eingestellt.

Vorstehendem entsprechend erhöht sich die Position „Hilfspersonal“ sub 2 unter Berücksichtigung der Lohnerhöhung auch für die Hilfsweichensteller und Hilfskoppler mit 2500 M. um 10 340 M., so daß sich die Summe dafür ergibt zu  $53\,392 + 10\,340 = 63\,732$  M.

Bahnmeisterei. Der seit mehreren Jahren im Budget geführte Oberarbeiter ist nicht erforderlich und deshalb gestrichen, es ist dafür ein Vorarbeiter mehr eingestellt. Für die vermehrte Gleisunterhaltung ist die Vergrößerung des Arbeiterschachtes und zwar zunächst, bis weitere Erfahrungen vorliegen, um 1 Vorarbeiter und um 5 Mann erforderlich, so daß in das nächstjährige Budget einzustellen sind 4 Vorarbeiter, 44 Arbeiter und 1 Schlosser. Durch die Erhöhung der Löhne ist hierfür die Summe von 59 610 M. erforderlich, nämlich

|                          |   |          |   |          |
|--------------------------|---|----------|---|----------|
| 4 Vorarbeiter            | à | M. 1 350 | = | M. 5 400 |
| 44 Arbeiter              | à | „ 1 200  | = | „ 52 800 |
| 1 Schlosser              | à | „ 1 410  | = | „ 1 410  |
| Zusammen . . . M. 59 610 |   |          |   |          |

In den Entwurf ist in Rücksicht auf die für „Verschiedenes“ vorzusehende Summe und zur Abrundung der Betrag von 59 800 M. eingestellt.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 2. Das Verbindungsgleis vom Tor 2 nach der Weserbahn ist so abgenutzt, daß eine Auswechselung nicht länger hinausgeschoben werden kann. Um für dieses in starker Kurve und Steigung liegende Gleis eine etwas größere Festigkeit zu erzielen, empfiehlt es sich, auf 9 m Gleis 12 Schwellen statt wie jetzt nur 11 Schwellen zu legen. Die Länge des Gleises beträgt 310 m, es sind dafür 6975 M. eingestellt. Ferner ist das östliche Gleis am Wegübergang bei Speicher I zu erneuern. Es handelt sich hier um 54 m Schwellenschienengleis mit Leitschienen, für die 2079 M. einzusetzen sind. Sodann muß die Kreuzung bei der Weichenstellerbude C (Tor 3) ausgewechselt werden, wofür 2000 M. vorzusehen sind.

Auszuwechseln sind ferner die Weichen Nr. 55, 100 und 153; auch ist eine Reserve von mindestens 2 Weichen (einer Rechts- und einer Linksweiche) dringend erforderlich, da die Beschaffung einer neuen Weiche z. B. nicht ohne großen Zeitaufwand sich bewirken läßt. Es sind deshalb im ganzen 5 Weichen à 2000 = 10 000 M. in das Budget aufgenommen.

Bei der Einlegung neuer Weichen in alte Gleise mit abgenutzten Schienenköpfen passen die Schienenhöhen nicht genau aneinander, wodurch Stöße entstehen. Zur Schonung der neuen Weichen empfiehlt sich deshalb an beiden Weichenenden eine Schienenlänge neues Gleis einzulegen. Zu diesem Zweck sind noch 117 m neues Gleis mit 2400 M. vorgesehen.

Schließlich ist die Beschaffung von 500 cbm Kies zur Unterstopfung schlechter Gleisstrecken notwendig, wofür noch 3000 M. einzustellen sind.

Von dem im Vorjahre mit 12 540 M. eingestellten Betrage entfielen auf die gewöhnliche Unterhaltung 5004 M., so daß unter Berücksichtigung der für vorstehende Neuaufschaffungen pp. veranschlagten Summen von 6975 + 2079 + 2000 + 10 000 + 2400 + 3000 = insgesamt 31 458 M. vorzusehen sind.

Zu Pos. 3a ist zu bemerken, daß im nächsten Jahre drei Lokomotiven innere Revision erfordern, bei der stets größere Kesselausbesserungen vorgenommen werden, es muß deshalb für das nächstjährige Budget hierfür eine Summe von 2000 M. vorgesehen werden; außerdem ist für die nach einem Beschluß der Deputation anzuschaffende neunte Lokomotive, deren Inbetriebstellung demnächst erfolgen wird, ein Betrag von 4000 M. für den Kohlenbedarf einzusetzen, so daß sich diese Position auf 57 160 M. erhöht.

Pos. 3b. Die Summe für die Bahnhofsb Beleuchtung genügt nicht mehr. Es sind statt 7500 M. erforderlich gewesen 8000 M. Im nächsten Jahre kommen aber für den Hafen II noch 12 Bogenlampen hinzu, von denen vier ausschließlich für die Beleuchtung der Gleise und weitere vier allein der Straßenbeleuchtung dienen, während die letzten vier für beide Zwecke bestimmt sind. Die Kosten für die ersten vier Bogenlampen mit 7000 M. und die halben Kosten der letzten vier Bogenlampen mit 3500 M. sind auf Eisenbahnbetrieb zu verrechnen, während die andere Hälfte der Kosten und die vier zweiten Lampen mit 7000 M., zusammen 10 500 M. auf Straßenbeleuchtung Pos. E II 2a entfallen.

Für die Beleuchtung von 50 Weichenlaternen am Hafen II und für die Beleuchtung und Heizung der Wärterbuden daselbst ist noch ein Betrag von 1800 M. in den Entwurf aufzunehmen. Im ganzen stellt sich hiernach die Position 3b um 500 + 10 500 + 1800 = 12 800 M. höher als im Vorjahre.

#### C. Hafenbetrieb.

I. Gehalte und Löhne. Die voraussichtliche Indienststellung eines Hafendampfers erfordert die Einstellung einer Summe für die Bedienungsmannschaft; es sind dafür vorgesehen nach dem Voranschlag:

|                                          |           |         |
|------------------------------------------|-----------|---------|
| 1 Schiffsführer (1800—2400) .....        | im Mittel | M. 2100 |
| 1 Steuermann (1500—2000) .....           | " "       | " 1750  |
| 1 erster Maschinist (1700—2300) .....    | " "       | " 2000  |
| 1 zweiter Maschinist (1400—1900) .....   | " "       | " 1650  |
| 1 Heizer (1200—1600) .....               | " "       | " 1400  |
| 1 Decksmann (Feuermann) (1200—1500) .... | " "       | " 1350  |
| 2 Deckleute (1000—1300) .....            | " "       | " 2300  |

mithin zusammen nach vorläufigem Anschlage 12 550 M. pro Jahr; da aber die Indienststellung des Schiffes nicht vor dem 1. Oktober n. J. zu erwarten ist, ist nur die Hälfte obiger Summe mit 6275 M. in den Entwurf eingestellt worden. Von dieser Summe sind von der Deputation für die Löschanstalten und vom Tonnen- und Bakenamt je  $\frac{1}{2}$ , also im ganzen 4182 M. zurückzuerstatten.

Wie bereits von der Deputation in ihrem Berichte vom 28. Dezember v. J. betreffend die Anschaffung eines Hafenschleppdampfers für Hafen II (Verhölgn. 1905 S. 1105 ff.), erwähnt ist, war in Aussicht genommen, der Besatzung des Dampfers die Jahrgeldsberechtigung zu verleihen, mit Ausnahme des einen Decksmannes, welcher zugleich als Feuermann zu dienen hat und daher gleich den übrigen Feuermännern der Feuerwehr die Ruhegehaltsberechtigung erhalten soll. Die Deputation beantragt, demgemäß zu beschließen.

Für den Fährbetrieb im Hafen II ist die Anstellung eines Fährmanns notwendig; es ist deshalb eine Fährmannsstelle mehr in das Budget eingestellt worden.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 1 ist um 400 M. erhöht in Rücksicht auf die neu hinzugekommenen Hafenwächterbuden und das Molenhaus an der Einfahrt des Hafens II.

Pos. 2. Von der für das laufende Budget vorgesehenen Summe sind als einmalige Ausgaben zunächst wieder abzusetzen 350 M. für Beschaffung eines Bootes und 150 M. für einen Ferndruckapparat für Schiffsmeldungen im Hafenhause. Da-

gegen ist für die Fahren im Hafen I ein Reserveboot erforderlich, um bei Reparaturen der Fährböte den Fährbetrieb nicht unterbrechen zu müssen; es ist somit die Summe von 350 M. für ein Boot wieder einzustellen. Für die Unterhaltung des Hafendampfers, Betriebskosten, Versicherung sind pro Jahr anslagsmäßig 22 300 M. zu rechnen, hiervon ist die Hälfte mit 11 150 M. für  $\frac{1}{2}$  Jahr in den Entwurf eingestellt. Auch von dieser Summe werden von der Löschdeputation und vom Tonnen- und Bakenamts  $\frac{2}{3}$ , d. i. 7433 M. zurückerstattet.

Die Pos. 2 stellt sich gemäß vorstehendem auf 19 400 M.

Pos. 3a. Bei dem Drehen, wie auch beim Anlegen größerer Dampfer ist es häufig nicht zu umgehen, die an der Kajemauer des Hafens I angebrachten Streichpfähle in der Weise zu benutzen, daß die Schiffstrossen über die eisernen Hauben der Pfähle geworfen werden. Hierbei ist wiederholt der obere Teil des Streichpfahles abgebrochen und mit der Haube in den Hafen gefallen. Glücklicherweise ist dies bislang ohne größere Unfälle abgegangen. Es könnte aber der Fall eintreten, daß die Haube beim Herabstürzen auf ein darunter liegendes Fahrzeug fiel und erheblichen Schaden anrichtete. Um dies zu vermeiden, hat die Deputation im Laufe dieses Jahres beschlossen, die eisernen Hauben von den Streichpfählen entfernen und die letzteren, soweit sie nicht mehr kräftig genug erscheinen, durch neue Pfähle ersetzen zu lassen. Da es indessen nicht erforderlich erscheint, sämtliche Streichpfähle in dieser Weise zum Überwerfen der Trossen geeignet zu machen, sowie um die Kosten nach Möglichkeit herabzumindern, wird nur die Hälfte der Pfähle für den gedachten Zweck hergerichtet, während die übrigen Pfähle in Höhe der Kajemauern abgesägt und somit für eine Befestigung von Trossen ungeeignet gemacht werden. Statt der Hauben sind sämtliche Pfähle zum Schutze gegen Risse mit einer Zinkklappe zu versehen. Die vorzunehmenden Änderungen verursachen im ganzen einen Aufwand von 24 520 M. Hierfür stehen aus dem laufenden Budget für Auswechslung von Streichpfählen 6565 M. zur Verfügung, wozu noch der Erlös aus dem Verkauf der eisernen Hauben mit 5138 M. tritt, so daß für das laufende Jahr 11 703 M. verfügbar sind, die auch in diesem Rechnungsjahre verbraucht werden. Für das Jahr 1907 sind also noch 12 817 M. erforderlich. Da hierin wiederum 6565 M. für die Auswechslung weiterer Streichpfähle enthalten sind, würde es mithin der Bewilligung des Restes von 6252 M. bedürfen.

Ferner ist zu bemerken, daß an den Kajemauern des Hafens I im Laufe der Jahre an verschiedenen Stellen die Fugen ausgewettert sind. Um ein Nachfügen ausführen zu können, bedarf es zunächst der Einstellung eines Betrages von 1000 M. Die Position stellt sich demnach um 6252 + 1000 M. höher und ist somit auf 19 552 M. veranschlagt worden.

#### D. Verwaltungsgebäude.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 5 a. Für die elektrische Beleuchtung des Verwaltungsgebäudes am Hafen II sind 3250 M. einzusetzen, von denen 2900 M. von den betreffenden Verwaltungen zurückzuerstatten sind. Letztere Summe ist im Einnahme-Budget unter II. 11 b nachgewiesen.

#### E. Verschiedenes.

I. Hafen I. Pos. 3 (Bedürfnisanstalten und Kraftwasserstöcke). Hier ist zu bemerken, daß der Betrag von 800 M. auf 400 M. ermäßigt werden kann.

II. Hafen II. Pos. 1 a und b sind mit den im vorigen Jahre versuchsweise eingestellten Beträgen von 1500 und 5000 M. unverändert beibehalten, da sichere Angaben in Rücksicht auf die erst am 1. Oktober d. J. erfolgte Inbetriebnahme des Hafens noch nicht gegeben werden können.

Pos. 2 a. Mit der im vorigen Jahre versuchsweise für ein halbes Jahr eingestellten Summe von 4500 M. ist nicht auszukommen; es ist daher in den Entwurf für 1907 schätzungsweise die Summe von 10 500 M. eingestellt. (Vergl. Erläuterungen zu B II 3 b). Außerdem sind noch für die elektrischen Lampen unterhalb der Kräne an der Kaje 4000 M. vorzusehen.

Die bisherige Position 4 kommt in Fortfall, und es ist demgemäß der Posten von 1000 M. gestrichen, da die betreffenden Kosten nach einer zwischen der Deputation für Häfen und Eisenbahnen und der Baudeputation, Abteilung Straßenbau, getroffenen Vereinbarung von der letzteren getragen werden.

#### Häfen in Bremerhaven.

Einnahmen. Diese sind insgesamt auf 1 520 900 M. veranschlagt, gegenüber 1 254 400 M. im Rechnungsjahre 1906, mithin 266 500 M. höher.

Zu den einzelnen Positionen ist folgendes zu bemerken:

Pos. 1. Die alte Position 1 a „Hafengeld nach dem Satze von 30 S. für das Kubikmeter“ ist, um die Leistungen des Norddeutschen Lloyd an dieser Stelle ohne weiteres zu erkennen, in zwei Positionen getrennt worden, von denen die eine, Position 1 a, die Einnahmen von dem Norddeutschen Lloyd, die andere, Position 1 b, die entsprechenden Einnahmen von den anderen dem Norddeutschen Lloyd nicht gehörenden Schiffen enthält.

Die alte Position 1 b, an der materiell nichts geändert ist, ist Position 1 c geworden.

Pos. 1 a ist in Ausführung der §§ 1 und 2. des mit dem Norddeutschen Lloyd abgeschlossenen, am 18. Oktober 1905 in Kraft getretenen Vertrages (Verhdlgn. 1904 S. 564 r. ff.) auf 900 000 M. veranschlagt worden. Auf § 3 dieses Vertrages ist im Hinblick darauf, daß es ungewiß ist, ob und wann im kommenden Rechnungsjahre die Inbetriebsetzung eines Teils der neuen Hafenerweiterung möglich sein wird, bei der Veranschlagung noch keine Rücksicht genommen.

Unter Pos. 1 b sind 150 000 M. eingestellt.

Die Einnahme aus Pos. 1 c, früher 1 b, ist in derselben Höhe wie bisher belassen.

Pos. 2 ist, entsprechend den Einnahmen in den letzten zwölf Monaten und des Vorjahres, von 4000 M. auf 3500 M. ermäßigt worden.

Pos. 7 konnte von 120 000 M. auf 130 000 M. erhöht werden, da zu den Einnahmen des Rechnungsjahres 1905 noch die von den Kohlen- und Kokswerken „Hansa“ G. m. b. H. nach dem mit ihr abgeschlossenen Erbbauvertrage für Überlassung eines größeren Areals zu zahlende Rente mit rund 7000 M. hinzukommt.

Pos. 8 ist gegen das Vorjahr um 2000 M. höher mit 16 000 M. eingesetzt, da bei dieser Position nunmehr auch diejenige Miete zur Verrechnung gelangt, die den in der Arbeiterbaracke am Kaiserhafen wohnenden Arbeitern früher vom Tagelohn in Abzug gebracht wurde.

Pos. 10. Entsprechend den Einnahmen in den letzten zwölf Monaten und des Vorjahres ist diese Position von 22 000 M. auf 23 000 M. erhöht worden.

Pos. 12 konnte von 25 000 M. auf 28 000 M. erhöht werden, da dieser Betrag in den letzten zwölf Monaten und auch im Rechnungsjahre 1905 erreicht wurde.

Pos. 13. Da die Veränderung der Befeuernng des Dwarsgatz, aus welcher Veranlassung die Barkasse erheblich mehr als sonst für das Tonnen- und Bakenamt in Anspruch genommen wurde, fertiggestellt ist, so war diese Position von 2500 M. wieder auf ihre frühere Höhe von 1500 M. herabzusetzen.

Pos. 17. Diese Position konnte von 2000 M. auf 4000 M. erhöht werden.

#### Ausgaben. A. Allgemeine Verwaltung.

I. Gehalte. Die für die Hafenerweiterung zu schaffenden Anlagen umfassen eine Reihe umfangreicher maschineller Einrichtungen, deren Projektierung möglichst bald in die Wege zu leiten ist. Für die Bearbeitung dieser Entwürfe und der zugehörigen Kostenanschläge bedarf die Bauinspektion für die Hafenerweiterung der Zuteilung speziell maschinentechnisch gebildeter Ingenieure, und zwar zunächst eines Abteilungs-Ingenieurs, dem je nach Bedarf jüngere Ingenieure oder Maschinentechniker unterstellt werden müßten.

Für die Stelle des Abteilungs-Ingenieurs kommt in erster Linie der jetzt bei der Hafenbauinspektion beschäftigte Abteilungs-Ingenieur Günther in Betracht, der bereits seit dem 1. Februar 1893, also seit mehr als 13 Jahren, bei den Hafenbauten in Bremerhaven beschäftigt ist.

Besonders seine Tätigkeit bei den früheren Hafenerweiterungsbauten und beim Bau des Kaiserdocks haben Günther Gelegenheit gegeben, Erfahrungen zu sammeln, welche für die zu bearbeitenden neuen Anlagen ähnlicher Art von großem Werte sind, und welche die dauernde Verwendung Günthers umsomehr empfehlen, als die hier vorkommenden maschinellen Anlagen zum Teil ein eigenartiges Spezialgebiet bilden, welches außerhalb der sonst einem Maschinen-Ingenieur geläufigen Konstruktionen liegt. Die Beschäftigungsdauer für Günther würde, sofern nur die Hafenerweiterung allein in Betracht kommt, sich zunächst mindestens auf die für diese vorgesehene Bauzeit von zwölf Jahren erstrecken.

Nach Abschluß der zwölfjährigen Bauperiode würde, falls nicht eine weitere Vergrößerung der Häfen erfolgt, worüber zurzeit keine Angaben zu machen sind, die Tätigkeit Günthers für den Neubau ihr Ende erreichen.

Die alsdann sehr viel größeren Maschinenanlagen der Häfen werden es aber unumgänglich erforderlich machen, ihre Unterhaltung einem akademisch gebildeten Maschinen-Ingenieur dauernd zu überweisen, wie denn auch schon jetzt die bestehenden Anlagen in häufigeren Fällen das Eingreifen Günthers erfordert haben.

Ferner ist zu bemerken, daß Günther während der ganzen Zeit seiner Tätigkeit auch zu den Arbeiten des Tonnen- und Bakenamts herangezogen worden ist, wo gerade in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Leuchtfeuereinrichtungen die mannigfachsten Neuerungen zu verzeichnen gewesen sind, die einer stetigen fachverständigen Beaufsichtigung bedürfen, so daß hier eine erfahrene Kraft auf die Dauer nicht entbehrt werden kann.

Alle diese Umstände lassen die Schaffung der ruhegehaltsberechtigten Stelle eines Baumeisters mit einem Gehalte von 3500—6000 M. (5 Alterszulagen à 500 M.) gerechtfertigt erscheinen. Es ist in Aussicht genommen, diese in dem Budgetentwurf vorgesehene Stelle für den Fall ihrer Genehmigung dem Abteilungs-Ingenieur Günther zu übertragen.

In finanzieller Hinsicht würde die Schaffung dieser Stelle keine besondere Belastung des ordentlichen Budgets bedeuten. Denn solange Günther bei den Hafenerweiterungsbauten beschäftigt wird, ist sein Gehalt, ebenso wie dasjenige des Bauinspektors Claussen, vom Hafenerweiterungsfonds dem ordentlichen Budget zu erstatten. Für den vorliegenden Fall kommt indes eine volle Heranziehung des Hafenerweiterungsfonds zu den Gehaltskosten nicht in Frage, weil, wie schon vorhin erwähnt, Günther auch fernerhin zu den Arbeiten des Tonnen- und Bakenamts herangezogen wird. Dieses hat sich nun mit Rücksicht hierauf bereit erklärt, ein Drittel des Gehalts auf sein Budget zu übernehmen und dem Staate zu erstatten, so daß demgemäß nur zwei Drittel vom Hafenerweiterungsfonds zu tragen sind. —

Bei der im Jahre 1905 erfolgten Errichtung der Bauinspektion für die Hafenerweiterung in Bremerhaven hatte die Deputation beschlossen, den bei der Bauleitung für die Unterweserkorrektion angestellten Kanzleigehülfen Schlieper kommissarisch für das Bureau der genannten Bauinspektion zu übernehmen. Schlieper ist daher bis jetzt formell noch als Beamter der Deputation für die Unterweserkorrektion weiter geführt und sein Gehalt aus dem Hafenerweiterungsfonds erstattet worden. Da es sich nicht empfiehlt, diesen Zustand dauernd beizubehalten, ist in Aussicht genommen, Schlieper definitiv von der Deputation für Häfen und Eisenbahnen zu übernehmen. Dem Genannten ist bei der Bauinspektion für die Hafenerweiterung die selbständige Führung der Registraturgeschäfte und des Rechnungswesens übertragen worden. In Rücksicht auf die mit dieser Tätigkeit verbundene erhöhte Verantwortung muß es als erforderlich bezeichnet werden, ihn bei seiner Übernahme zum Kanzlisten zu ernennen. Schlieper ist hiernach als solcher in den Entwurf eingestellt. Eine Belastung des ordentlichen Budgets kommt dadurch zunächst nicht in Frage, da das Gehalt vom Hafenerweiterungsfonds zurückerstattet wird.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 1 ist mit Rücksicht auf eine hauptsächlich im Interesse der Krankenkasse notwendig gewordene, in Tagelohn zu beschäftigende Schreibhülfe von 4500 M. auf 5200 M. erhöht worden.

Pos. 2. Die gewöhnlichen Ausgaben sind wie im Vorjahre mit 8000 M. veranschlagt. Als einmalige Ausgabe erscheint die Summe von 600 M. zur Beschaffung von 3 Fahrrädern für die Vorarbeiter.

Pos. 3. Hier scheidet die an die Witwe und die Kinder einer beim Hafenerweiterungsbau verunglückten Person jährlich bis 1907 zu zahlende Unfallrente mit 1700 M. aus; neu eingeschaltet ist dagegen „sowie für Leistungen des Staats bei Verunglückungen von Angestellten und sonstigen Personen“. Die Position ist mit Rücksicht auf die Erhöhung der Beiträge des Staats zur Betriebskrankenkasse der Hafenbauinspektion sowie mit Rücksicht auf die zu erwartenden Mehrausgaben zur Unfallversicherung infolge Erhöhung des Tagelohnes der Arbeiter der Hafenbauinspektion, ferner um bei Verunglückungen von Angestellten und sonstigen Personen Mittel zur Verfügung zu haben, unbeschadet des Wegfalls der oben erwähnten Rente, von 10 000 M. auf 11 000 M. erhöht worden.

Pos. 4. Im Laufe des Rechnungsjahres 1907 ist die Prämie für die fünfjährige Versicherung des Kaiserdock und des Kesselhauses mit rund 2200 M. zu entrichten. Die Position ist infolgedessen von 12 000 M. auf 14 200 M. erhöht worden.

#### B. Hafenbetrieb.

I. Gehalte. Pos. 1. Die von den Kassenbeamten des Hafenbureaus in Bremerhaven (Rendant und Kassengehülfe) wahrzunehmenden Arbeiten haben durch die Entwicklung des Schiffsverkehrs derart zugenommen, daß selbst unter häufiger Mitwirkung der beiden Hafenmeister die im Interesse des abzufertigenden Publikums zu verrichtenden Bureauarbeiten nicht immer in wünschenswerter Weise erledigt werden konnten. Zudem werden die Hafenmeister durch diese Beteiligung an den Bureauarbeiten häufig ihrem eigentlichen Dienste an den Häfen entzogen, was als durchaus unzulässig bezeichnet werden muß. Ferner ist noch darauf hinzuweisen, daß es bei Beurlaubung oder Erkrankung eines der Kassenbeamten kaum möglich ist, die für das Hafenbureau vorgeschriebene Gegenbuchführung vornehmen zu lassen. Aus diesen Gründen und da mit der voraussichtlich am 1. Oktober 1907 erfolgenden Inbetriebnahme des zurzeit in der Ausführung begriffenen Teils der Hafenerweiterung mit einer abermaligen Steigung des Schiffsverkehrs zu rechnen sein wird, läßt sich eine Vermehrung des Beamtenpersonals am Hafenbureau nicht länger umgehen. In Rücksicht auf den erheblich gesteigerten Kassenverkehr und die damit verbundene erhöhte Verantwortlichkeit des als Gegenbuchführer des Rendanten fungierenden Beamten ist es nach Ansicht der Deputation erforderlich, für diesen Posten die Stelle eines ruhegehaltsberechtigten Buchhalters mit einem Gehaltsfaze von 1 800 bis 3 000 M. (5 Zulagen à 240) zu schaffen. Im Falle der Genehmigung der Stelle ist in Aussicht genommen, dieselbe dem jetzigen Kassengehilfen zu übertragen. Letzterer ist daher als Buchhalter mit dem Anfangsgehalte der Stelle in den Entwurf eingestellt.

Pos. 2. Da mehrfach Verwechselungen zwischen Hafeninspektion und Hafenbauinspektion vorgekommen sind, so ist diese Position statt mit „Hafeninspektion“ mit „Bureau des Hafeninspektors“ bezeichnet worden.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 4. Diese Position ist mit Rücksicht auf die Erhöhung der Tagelöhne der Arbeiter der Hafenbauinspektion mit 16 000 M., gegen 15 000 M. für 1906, veranschlagt worden.

#### C. Bauliche Unterhaltung der Hafenwerke.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 1a ist mit Rücksicht auf die erhöhten Tagelöhne der Arbeiter der Hafenbauinspektion von 30 000 M. auf 32 000 M. erhöht worden.

Pos. 1g mußte mit Rücksicht darauf, daß der Kessel des Dampfsprahms I im nächsten Jahre einer gründlichen Reparatur zu unterziehen ist, eine Erhöhung von 13 500 M. auf 15 000 M. erfahren.

Pos. 4. Gewöhnliche Unterhaltung 13 600 M. wie im Vorjahre.

Als einmalige Ausgaben kommen hinzu:

- 1) die Kosten für Erneuern von 250 lfd. m Reibhölzern an den Ufermauern im Neuen Hafen mit 3000 M.,
- 2) die Kosten für Verankern der Vorhafenmauern des Alten und Neuen Hafens mit 5000 M.

Pos. 5. Gewöhnliche Unterhaltung wie im Vorjahre 2700 M. Als einmalige Ausgaben werden für Erneuern von sechs Stück hölzernen abgängigen Pollern am Alten und Neuen Hafen 2280 M. erbeten.

Pos. 7. Die gewöhnlichen Ausgaben sind infolge der erhöhten Tagelöhne von 17 500 M. auf 18 000 M. gebracht worden.

Pos. 8. Gewöhnliche Unterhaltung ist wie für 1906 mit 23 750 M. veranschlagt worden.

Als einmalige Ausgaben treten hinzu:

- 1) die Kosten für die Neupflasterung einer stark abgenutzten Straßenstrecke (rund 550 qm) an der Westseite des Kaiserhafens mit 5000 M.,
- 2) die Kosten für Herstellen von zehn Stück Doppelfenstern für die Westseite des früheren, jetzt vermieteten Baubureaus für die Hafenerweiterung mit 400 M.

Pos. 10 ist von der preussischen Wasserbauinspektion in Geestemünde auf 2000 M. veranschlagt worden.

Pos. 11 a ist mit Rücksicht auf die erhöhten Tagelöhne der Arbeiter mit 2000 M. gegen 1800 M. im Vorjahre, veranschlagt worden.

Pos. 11 b. Die gewöhnlichen Ausgaben sind wie bisher mit 3500 M. aufgeführt worden. Ferner ist als einmalige Ausgabe eingestellt ein Betrag von 3500 M. für die Beschaffung einer neuen Drehbank für die Reparaturwerkstatt. Die Beschaffung ist dringend notwendig zur Ausführung der von Jahr zu Jahr größer werdenden Reparaturarbeiten an den Baggergeräten und an den maschinellen Anlagen, wozu die vorhandene alte Drehbank nicht mehr genügt.

Pos. 11 d mußte mit Rücksicht auf die zu erwartenden höheren Kohlenpreise von 46 250 M. auf 47 500 M. erhöht werden.

Pos. 12 erscheint mit 5165 M. gegen 4961,67 M. im Vorjahre.

#### D. Unterhaltung der Bahnhofsanlagen.

I. Sachliche Ausgaben. Pos. 1. Die Ausgaben sind von der preussischen Eisenbahnverwaltung zu 88 000 M. veranschlagt worden.

Pos. 3. Die gewöhnlichen Ausgaben waren, da die eisernen Überdachungen zwischen den Güterschuppen im nächsten Jahre mit neuen Anstrichen versehen werden müssen und die Tagelöhne der Arbeiter im laufenden Jahre aufgebessert worden sind, von 9000 M. auf 9700 M. zu erhöhen.

#### E. Beleuchtung der Häfen.

Elektrisches Licht. IV. Sachliche Ausgaben. Pos. 1. Infolge Aufbesserung der Tagelöhne der Arbeiter der Hafenbauinspektion und da die an dieser Stelle zur Verfügung stehenden Mittel sich im laufenden Jahre als zu knapp erwiesen haben, mußte diese Position von 3000 M. auf 4000 M. erhöht werden.

Pos. 2. Diese Position war, da eine Steigerung der Preise für Kohlenstäbe, Glühlampen und sonstige Gegenstände zu erwarten ist, von 3000 M. auf 3500 M. zu erhöhen.

Pos. 3 mußte gleichfalls mit Rücksicht auf die Aufbesserung der Tagelöhne der Arbeiter, und da die Materialpreise bedeutend gestiegen sind, eine Erhöhung von 11 000 M. auf 12 000 M. erfahren.

#### F. Verschiedenes.

Die Positionen erscheinen mit den gleichen Ansätzen wie für das Rechnungsjahr 1906.

G. Unterhaltung und Reinigung der außerhalb des Hafengebiets  
belegenen Straßen, Wege und Anlagen.

I. Sachliche Ausgaben. Die gewöhnliche Unterhaltung ist wie bisher mit 4500 M. veranschlagt. Als einmalige Ausgabe ist für Herstellung eines Trottoirs (287 qm) an Stelle eines Schlackenfußweges an der Westseite der Grünenstraße von der Bahnüberfahrt bei der städtischen Gasanstalt bis zur Kaiserstraße der Betrag von 1700 M. eingesetzt worden.

Hafen zu Vegeesack.

Ausgaben. II. Sachliche Ausgaben. Pos. a. Da besondere Anträge nicht zu stellen sind, ist nur der für gewöhnliche Unterhaltung erforderliche Betrag wie in den Vorjahren mit 3500 M. eingestellt.

Bremen, den 13. Dezember 1906.

Die Deputation für Häfen und Eisenbahnen.

(gez.) **Barthausen.** (gez.) **Arug.** (gez.) **Uddicks.**

Budgetbericht der Behörde für das Städtische Museum.

Anlage 12.

Da es zu hoffen ist, daß mit dem Erweiterungsbau des Museums im Frühjahr 1907 begonnen und derselbe in zwei Jahren vollendet werden kann, erscheint es erforderlich, schon jetzt mit den Vorbereitungen zu beginnen, die es ermöglichen, daß dann die Sammlungen nicht längere Zeit geschlossen bleiben müssen, sondern die neuen wie die alten Räume tunlichst bald dem Publikum geöffnet sein können.

Zu diesem Zwecke wird zunächst unter I des Budgets für „Sonstigen Hilfsdienst“ eine Summe von 1500 M. beantragt, da das neu zu bearbeitende Material von den vorhandenen Kräften allein nicht bewältigt werden kann. Eine feste Anstellung ist zurzeit nicht erforderlich. Ergibt sich aber eine Hilfskraft als für spätere feste Anstellung geeignet, so wird dieselbe nach Eröffnung des Erweiterungsbauens z. B. als Aufseher gute Verwendung finden können.

Ferner ist unter II 7 des Budgets eine außerordentliche Ausgabe von 10 000 M. eingesetzt, die nötig ist, um mit dem außerordentlich lange Zeit in Anspruch nehmenden Modellieren von Völkertypen u. a. m. den Anfang machen zu können. Ein entsprechender Betrag wird auch in den kommenden Jahren erforderlich werden. Es darf darauf hingewiesen werden, daß in ähnlicher Weise beim Bau des gegenwärtigen Museums verfahren worden ist, indem im Jahre 1893 (Verhdlg. S. 68) eine erste Rate von 20 000 M. eines sich auf mehrere Jahre verteilenden Gesamtbetrages von 50 000 M. bewilligt wurde.

Bremen, den 15. Dezember 1906.

Die Behörde für das Städtische Museum für  
Natur-, Völker- und Handelskunde.

(gez.) **Barthausen.**  
Vorsteher.

(gez.) **B. E. Hehe.**  
Rechnungsführer.

## Budgetbericht der Gewerbekammer.

Nachstehend erlauben wir uns zu dem Spezialbudget der Gewerbekammer für das Jahr 1907 Folgendes ergebenst zu berichten und um Zustimmung zu den eingesetzten Erhöhungen einzelner Positionen ergebenst zu bitten.

Position I. Die gutachtliche und verwaltende Tätigkeit der Gewerbekammer ist insbesondere infolge des Handwerksgesetzes vom 26. Juli 1897 eine an Umfang stetig steigende gewesen, so daß in der Zeit vom 1. April 1901 bis in dieses Jahr eine Erweiterung der Kanzleihilfskräfte notwendig war. Im Laufe dieses Jahres ist die Annahme einer wissenschaftlich vorgebildeten Hilfskraft zum unabwiesbaren Bedürfnis geworden, sollten nicht die zu erledigenden Geschäfte unliebsamen Aufschub erleiden, oder die der Förderung des Handwerks durch Vorträge, Anregungen, Rat und Auskunft dienenden notwendigen Arbeiten eine bedeutende Einschränkung erfahren.

Obwohl schon während dieses Etatsjahres das Bedürfnis nach Anstellung eines akademisch gebildeten Hilfsarbeiters zwingend hervortrat, hat die Gewerbekammer doch von der Stellung eines Nachbewilligungsantrages Abstand genommen, in der Hoffnung, durch Beschränkung ihrer Ausgaben auf das Notdürftigste, die erforderlichen Mittel zu erübrigen. Immerhin mußte sie den sachlichen Bedürfnissen entsprechen und stellte deshalb Herrn Dr. Hans Flüge zunächst als Volontär unentgeltlich in ihren Dienst. Da derselbe hauptsächlich mit den Arbeiten für Aufgaben der Handwerkskammer beschäftigt wurde, ist aus dem der Gewerbekammer zu solchen Zwecken zur Verfügung stehenden Fonds vom 1. Oktober d. J. an seine Besoldung möglich geworden, wozu der Fonds in diesem Jahre infolge der besonderen oben hervorgehobenen Einschränkungen ausreicht.

Indessen reicht dieser Fonds nicht hin, um das volle Jahresgehalt für eine wissenschaftliche Hilfskraft daraus zu bestreiten, er müßte sonst entsprechend erhöht werden. Im übrigen wird aber der wissenschaftliche Hilfsarbeiter für die Folge auch andere, nicht gerade die Handwerkskammer-Zwecke betreffende Arbeiten der Gewerbekammer zu erledigen haben, weshalb die Gewerbekammer bittet, für das nächste Etatsjahr eine Beamtenstelle zu schaffen und dieselbe mit 3000 M. für das Jahr zu dotieren, ohne Ruhegehaltsberechtigung und Reliktenversorgung, da es sich um eine Uebergangsstelle für junge Akademiker handeln wird. Auch der Vorbehalt einer dreimonatlichen Kündigung würde wie in den übrigen Fällen zu machen sein.

Auf diese Weise würde der § 32 des Gesetzes, die Gewerbekammer betreffend, in welchem von einem staatswissenschaftlichen Konsulenten die Rede ist, nicht berührt und der Gewerbekammer die sachgemäße Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglicht werden.

Wir bitten danach nochmals ergebenst die in Position I beantragte Stelle für das Etatsjahr 1907 bewilligen zu wollen.

## Sachliche Ausgaben, Position II. Kanzlei.

Durch die vermehrten Kanzleiarbeiten, wie auch durch die eben begründete Neuanstellung eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters steigern sich die Ausgaben für Porto und für kleinere Kanzleibedürfnisse. Dringend erforderlich ist es ferner, daß die Handbibliothek durch Beschaffung der nötigsten neuen litterarischen Erscheinungen, namentlich aus dem Gebiete des Gewerberichts, auf dem Laufenden erhalten bleibt. Leider hat in diesem Jahre hiervon manchmal Abstand genommen werden müssen, weil die für die Kanzlei bewilligte Summe von 1500 M. für vermehrtes Porto etc. in Anspruch genommen wurde.

Es wird beantragt, die Position Kanzlei von 1500 M. auf 2000 M. zu erhöhen.

## Einnahmen.

Da zu erwarten steht, daß die Einnahmen, welche bis jetzt immer den Voranschlag überstiegen, auch fernerhin wachsen werden, sind dieselben von 3000 auf 3500 M. pro 1907 veranschlagt.

Bremen, den 15. Dezember 1906.

Die Gewerbekammer.  
(gez.) Dr. A. Feldmann.  
Präsident.

**Budgetbericht der Deputation für das städtische Orchester und das Stadttheater.** *Anlage 14.*

Zu dem hieneben überreichten Budget des Stadttheaters für 1907 bemerken wir das Folgende:

Zu 1. Der Betrag ist um 1000 M. erhöht, weil die Anschaffung eines großen Schrankes und eine einmalige gründliche Reinigung des ganzen Zuschauer- raumes, insbesondere des Gestühls, mittels des Vakuumapparates, die etwa 600 M. kosten wird, erforderlich ist.

Zu 6. In diesem Jahre ist das Gestühl des Sperrsitzes und des Parterres erneuert. Auch das Gestühl der Orchesterlogen im Erdgeschoß und des Zuschauer- raumes im 1. Ranggeschoß ist der Erneuerung bedürftig. Die Kosten sind auf 7000 M. angeschlagen.

Zu 7. Die Anschaffung der historischen Kostüme für die Choristinnen bis zum 1. September 1908, welche mindestens 20 000 M. kosten wird, ist auf Grund unsers vorjährigen Budgetberichts genehmigt worden. Mit der Herstellung soll im Sommer 1907 begonnen werden. Es stehen dazu zur Verfügung die von der Theaterdirektion vertragsmäßig zur Ergänzung des Inventars für dieses und das nächste Pachtjahr zu zahlenden 6000 M., sowie die für dieses Jahr bereits bewilligten 3000 M., zusammen 9000 M. Es werden daher weitere 10 000 M. erbeten. Der erforderliche, dann genau zu bestimmende Rest wird zum Budget 1908 beantragt werden.

Bremen, den 23. November 1906.

Die Deputation für das städtische Orchester und das Stadttheater.

(gez.) **Stadtländer.** (gez.) **Dr. R. Duidde.**

**Budgetbericht der Baudeputation, Abteilung Hochbau.***Anlage 15.***Außerordentliche Ausgaben.**

- 1) Errichtung einer III. Realschule in der Neustadt, III. Rate. Das endgültige Projekt und der besondere Kostenanschlag werden etwa im Januar dem Senat und der Bürgerschaft zur Beschlußfassung zugehen. Vergleiche den Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 1. Juni/30. Mai 1906 (Verhandlgn. 1906 S. 477, 478).

Mit den Arbeiten wird voraussichtlich im Frühjahr 1907 begonnen werden können. Es ist daher eine III. Baurate von 100 000 M. eingestellt worden.

- 2) Umbau der Gebäude der Hauptschule in der Altstadt, Rest. Mit den Umbauarbeiten wird im nächsten Rechnungsjahr fortgefahren. Die dafür erforderliche Restsumme ist mit 32 600 M. eingestellt.
- 3) Bureaugebäude für die Bauverwaltungen, I. Rate. Bezüglich dieses Neubaus wird auf den Budgetbericht der Baudeputation, Abteilung Hochbau, S. 127 verwiesen und wieder eine I. Baurate von 50 000 M. in das Budget für 1907 eingestellt.
- 4) Städtisches Museum, Erweiterungsbau, II. Rate. Vergleiche den Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 20./24. Februar 1906 (Verhandlgn. S. 147, 148 und 151).

Das spezielle Projekt und der Kostenanschlag werden voraussichtlich im Januar 1907 vorgelegt werden, so daß noch im Frühjahr mit dem Bau begonnen werden kann.

Außer der im vergangenen Jahre eingestellten I. Rate von 150 000 M. sind für dieses Jahr als II. Rate 150 000 M. angenommen.

- 5) Zentralfireurwache, II. Bauabschnitt. Für die weiteren Neubauten auf der Zentralfireurwache ist ein Projekt von der Hochbauinspektion ausgearbeitet worden und bereits der Löschdeputation übersandt. Die überschläglich ermittelten Kosten stellen sich auf 125 000 M., die eingestellt sind.

- 6) Ausbau der Gröpelinger Schule. Die Hochbauinspektion hat auf Wunsch der Inspektion der Volksschulen ein Projekt ausgearbeitet. Der Kostenüberschlag schließt mit 83 700 M. ab. Den Bericht erstattet die Inspektion der Volksschulen.
- 7) Neubau einer unentgeltlichen Volksschule in der westlichen Vorstadt, I. Rate. In dieser Vorstadt muß nach einem Bericht der Schuldeputation noch eine Volksschule errichtet werden.  
Eine erste Baurate ist mit 100 000 M. eingestellt. Die Schuldeputation erstattet den erläuternden Bericht.
- 8) Wagenschuppen auf der Fuhrparkstelle II am Hohentor. Die Deputation für die Straßenreinigung beantragt die Herstellung eines Wagenschuppens. Das Projekt ist inzwischen vorgelegt und es wird auf den hierzu erstatteten Bericht verwiesen.
- 9) Neubau einer entgeltlichen Volksschule an der Hemelingerstraße, I. Rate. Für diesen Bau ist eine erste Baurate von 100 000 M. eingestellt. Den erläuternden Bericht erstattet die Schuldeputation.
- 10) Krankenanstalt, Erweiterung des chirurgischen Hauses, II. Rate. Das Projekt wird in Kürze vorgelegt werden.
- 11) Spülklosettanlagen VIII. Rate. Mit der Einrichtung der Spülklosettanlagen in den Staatsgebäuden ist fortzufahren.

Für das Rechnungsjahr 1907 kommen nach der Aufstellung der Polizeidirektion in Frage:

|     |                                                                                   |    |           |
|-----|-----------------------------------------------------------------------------------|----|-----------|
| 1)  | Domshof Nr. 21 (1 Klosett im II. Obergeschoß).....                                | M. | 250       |
| 2)  | Polizeibureau Westerstraße (Verlegung der bestehenden Klosetts).....              | "  | 800       |
| 3)  | Polizeibureau Hafenburg .....                                                     | "  | 500       |
| 4)  | " Buntentorssteinweg .....                                                        | "  | 3 000     |
| 5)  | Friedhof Niensberg .....                                                          | "  | 900       |
| 6)  | " Walle .....                                                                     | "  | 900       |
| 7)  | Gewerbemuseum (2 weitere Klosetts auf dem Hofe)....                               | "  | 300       |
| 8)  | Hafenhaus am Hohentorshafen .....                                                 | "  | 1 500     |
| 9)  | Nebenbureau II im Zollanschlußgebiet .....                                        | "  | 1 200     |
| 10) | Schule am Buntentorssteinweg .....                                                | "  | 7 000     |
| 11) | " in Walle (Ritter-Raschenstraße), Neues Abortgebäude mit Spülklosettanlage ..... | "  | 6 000     |
| 12) | Sudelfriede 2/4. ....                                                             | "  | 1 200     |
| 13) | Wohnhaus Buntentorssteinweg 660 .....                                             | "  | 500       |
| 14) | " " 630 .....                                                                     | "  | 350       |
| 15) | " " 632 .....                                                                     | "  | 350       |
| 16) | " " 634 .....                                                                     | "  | 350       |
| 17) | " " 636 .....                                                                     | "  | 350       |
| 18) | " Neustadtscoutrscarpe .....                                                      | "  | 1 000     |
| 19) | Warturmer Chaussee 28 .....                                                       | "  | 500       |
| 20) | " " 30 .....                                                                      | "  | 500       |
| 21) | " " 32 .....                                                                      | "  | 700       |
| 22) | " " 34 .....                                                                      | "  | 700       |
| 23) | " " 36 .....                                                                      | "  | 900       |
| 24) | " " 38 .....                                                                      | "  | 900       |
| 25) | " " 44 .....                                                                      | "  | 500       |
| 26) | Werderstraße 44 .....                                                             | "  | 1 200     |
| 27) | " 91 .....                                                                        | "  | 500       |
| 28) | " 93 .....                                                                        | "  | 300       |
| 29) | Wohnhaus Westerstraße 12 .....                                                    | "  | 1 000     |
| 30) | " und Schöpfwerk Hafenburg .....                                                  | "  | 1 000     |
| 31) | Ehemaliges Einnnehmerhaus Buntentorssteinweg .....                                | "  | 1 000     |
|     |                                                                                   |    | M. 36 150 |

- 12) Für den Fall, daß das Rathaus durch Feuer oder eine andere Ursache in seinen äußeren Architekturteilen oder seiner inneren Ausstattung zerstört oder beschädigt werden sollte, ist es von größter Wichtigkeit, eine genaue photometrische Aufnahme von dem ganzen Gebäude zu haben, wie sie von der Königlichen Meßbildanstalt in Berlin angefertigt wird. Nach einer solchen Aufnahme ist es möglich, jeden Bauteil in seiner ursprünglichen Form wieder herzustellen.
- 13) Wegen dieses Postens erinnert die Baudeputation, Abteilung Hochbau, an ihre im Bericht der Schlachthofdeputation vom 28. März 1906 (Verhdlg. S. 242) unter Ziffer 2 erwähnte Mitteilung von einem budgetrechtlich unzulässigen Verfahren der Verrechnung von Projektbearbeitungskosten auf einen dafür nicht bestimmten Fonds und an die Erklärung des Senats über diese Mitteilung. Die Erörterungen, wie dem Mangel an verfügbaren Mitteln zur Bearbeitung von Projekten, für die die Bewilligung von Senat und Bürgerschaft noch aussteht, abgeholfen werden kann, haben zur Einstellung des Postens von 70 000 M. in das Budget der Außerordentlichen Ausgaben geführt, dem ein Posten in derselben Höhe als außerordentliche Einnahme gegenüber zu stellen ist.

Nachdem die Hochbauinspektion zunächst einen Betrag von 9000 M. als ordentliche Ausgabe einzustellen beantragt hatte, hat sich der Oberbaudirektor mit folgender Begründung für die nunmehr von der Baudeputation vorgeschlagenen Regelung dieser Angelegenheit ausgesprochen:

„Meines Erachtens erübrigt es sich, einen besonderen neu zu bewilligenden Betrag von 9000 M. für Entwurfsbearbeitung im Budget vorzusehen, wenn die Zahlung der Kosten für Entwurfsbearbeitung und Bauleitung und deren Verteilung auf die einzelnen Baufonds ganz allgemein geregelt wird. Neben dem Umstande, daß Entwürfe vor der Bewilligung durch Senat und Bürgerschaft bearbeitet werden müssen, besteht eine weitere Schwierigkeit darin, daß die für diese außerordentlichen Arbeiten eingestellten vorübergehenden Hilfskräfte zum Teil nicht dauernd für einen Entwurf, sondern zu Arbeiten für die verschiedensten Neubauten, deren Fonds jeweilig die Kosten zu tragen hätten, oft in wenigen Tagen wechselnd herangezogen werden, und die Verteilung der Gehälter dieser Hilfskräfte auf die verschiedenen Baufonds nur schätzungsweise vorgenommen werden kann. Zur richtigen Ausnutzung der Hilfskräfte empfiehlt es sich, diesen Modus beizubehalten, aber folgende weitere Regelung zu treffen. Für alle bei den Entwurfsbearbeitungen und Bauleitungen nötigen Aufwendungen an Gehältern, Zeichenmaterialien, Bureaukosten usw. wird ein besonderer Ausgabetitel im Generalbudget, Außerordentliche Ausgaben, II 3, geschaffen. Da in den letzten abgeschlossenen Rechnungsjahren über 60 000 M. allein an Gehältern gezahlt sind, und für Zeichenmaterialien schätzungsweise 3000 M. ausgegeben sind, so müßte hier ein Betrag von rund 70 000 M. eingesetzt werden. Der gleiche dieser Ausgabe entsprechende Betrag wäre bei einem neuen Titel unter Außerordentliche Einnahmen I 6 vorzusehen, und diesem Titel würde aus den jeweilig bewilligten Neubaufonds ein bestimmter Prozentsatz von der Bausumme zuzuführen sein. Letzterer müßte nach der bisherigen Erfahrung über die Höhe der Kosten für Projektbearbeitung und Bauleitung etwa 4% betragen, jedoch würde ich vorschlagen, ihn wechselnd von 3—5% zu lassen, je nachdem es sich um einen einfacheren oder schwierigeren Bau handelt. Bei dieser Regelung ergibt sich einmal der Vorteil, daß die monatlichen Gehaltszahlungen sich einfacher gestalten, indem alle Gehaltsanweisungen auf den Titel Außerordentliche Ausgaben II 3 erfolgen, und nicht in jedem Falle untersucht werden muß, welcher außerordentliche Baufonds herangezogen werden soll. Ferner ist dann auch im Budget die jährliche Gesamtsumme der Aufwendungen an Gehältern für vorübergehend eingestellte Hilfskräfte und der Nebenkosten ersichtlich, ebenso geben die Anweisungen zum Titel „Außerordentliche Einnahmen I 6“ an, wie hoch die Aufwendungen für Entwurf und Bauleitung der einzelnen Neubauten gewesen sind und lassen eher eine Kontrolle zu, ob diese Kosten in einem angemessenen Verhältnis zur Bausumme stehen, als wie dies

jetzt bei der monatlichen Heranziehung der einzelnen Baufonds für diese Zwecke geschehen kann.

Die Einstellung und Beschäftigungsdauer der vorübergehend eingestellten Hilfskräfte würde dann jeweilig von dem zu erbringenden Nachweis über die vorliegenden Arbeiten und über die Verwendung der betreffenden neuen Hilfskraft abhängig zu machen sein."

Mit diesen Ausführungen hat sich die Baudeputation einverstanden erklärt, und die Finanzkommission des Senats ist ihr damit mit der Maßgabe beigetreten, daß die Kosten, welche durch die Projektbearbeitung für Hochbauten des Schlachthofs und der Erleuchtungs- und Wasserwerke verursacht werden, getrennt zu behandeln und nicht aus diesem Fonds zu decken sind. Hiergegen findet die Baudeputation nichts zu erinnern.

Bremen, im Dezember 1906.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau.

(gez.) **Nebelthau.** (gez.) **Wuppesahl.**

---